

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 31. Mai 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Wann erfolgt die Aufhebung der öffentlichen Wirtschaft?

Es ist allen unseren Lesern erinnerlich, daß Dr. Schacht, der ehemalige Reichsbankpräsident, mit allen Mitteln den Kredit der deutschen Städte unterbunden hat. Man kann wohl dabei ergänzend sagen — ohne jemandem zu nahe zu treten —, daß gewisse Kreise des organisierten Unternehmertums bei dieser Haltung nicht ohne Einfluß gewesen sind. Dr. Schacht ist auch nicht infolge dieser, volkswirtschaftlich gesehen, eigentlich ungeheuerlichen Tatsache gestürzt worden. Entscheidend für seinen Sturz war seine geradezu unmögliche Haltung bei den Verhandlungen über den Young-Plan in Haag.

Nun ist bekanntlich Dr. Luther sein Nachfolger geworden, und wir bekennen ganz offen, daß wir ihm nicht über den Weg trauen. Aus dem ganz einfachen Grunde, weil er stets in engster Verbindung mit den sogenannten deutschen Wirtschaftsführern (Großunternehmern) gearbeitet hat. Diese „Wirtschaftsführer“ haben seit zwei Jahren die Öffentlichkeit in ein wahres Trommelfeuer gestellt, um es dahin zu bringen, daß alle Welt sich mit Mißtrauen und Abscheu von „dieser unordentlichen, schlecht geführten, mit Bürokraten übersehten öffentlichen Wirtschaft“ abwendet. Aber gewisse Dinge haben ihre eigene Logik. Da ein erheblicher Teil der bürgerlichen Presse den Wirtschaftsführern zur Verfügung stand, so war in der Tat in Deutschland lange Zeit eine Stimmung vorhanden, die sozusagen alle Schuld an der wirtschaftlichen Misere der Kommunalwirtschaft in die Schuhe schob.

Zu allem Unglück kam nun auch noch hinzu die ungeheuerliche Mißwirtschaft durch die von seiten einiger Mitglieder des zentralen Magistrats in Berlin (nebst dem disziplinarisch bestraften Oberbürgermeister Böß) vorgenommenen Schiebungen. Wir haben wahrlich keine Veranlassung, auch nur das geringste von diesem Vorgehen entschuldigen zu wollen, sind vielmehr der Meinung, daß offenkundig die Kontrollinstanzen, also der Gesamt-Magistrat in Berlin versagt hat und man insofern von einer gewissen generellen Schuld sprechen kann. Das trifft für alle Parteien zu, weder Sozialdemokraten, noch Kommunisten ausgenommen. Bei alledem muß indessen festgestellt werden, daß solche Busch- und Böß-Affären in der Privatindustrie gang und gäbe sind! Das wird sehr gern vergessen.

Nun hat sich aber herausgestellt, daß die Agitation dieser deutschen Wirtschaftsführer gegen die öffentliche Wirtschaft doch auch gewisse Widerstände im Bürgertum selbst hervorgerufen hat. Zunächst einmal gingen zahlreichen mittleren und kleineren Betrieben die Bestellungen verloren, die sonst von den Städten bei ihnen gemacht wurden. Der sogenannte Mittelstand war also zum großen Teil Leidtragender bei dieser Agitation. Hinzu kam ferner, daß infolge der schlechten Finanzlage nicht nur Berlins, sondern auch Breslaus und vieler anderer Großstädte die Einschränkungen im Bauwesen (Wohnungsbau, Straßenbau, Hochbauten aller Art) so enorm waren, daß der Arbeitsmarkt im Baugewerbe katastrophal darunter litt und wir gegenwärtig noch 2.700.000 Arbeitslose haben.

Im Reichstag versucht nun das Brüning-Ministerium, in aller Eile allerhand Steuern der Besitzenden herabzusetzen, obwohl mehr als eine Milliarde Fehlbeträge im Etat 1930 nunmehr festgestellt werden mußten, so daß alle bisherigen Berechnungen zunichte gemacht werden. Nicht nur im Steuer- und Zoll-Etat ist eine

Mindereinnahme von mehr denn zwei Millionen festzustellen infolge des geringeren Eingangs von Zöllen usw., sondern die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung sind auch weiterhin derart gestiegen, daß man hierfür mit einer Mehrausgabe von nahezu einer halben Milliarde Mark rechnen muß. Aber auch die Krisenfürsorge wird mindestens 250 bis 300 Millionen mehr erfordern, und so ist wieder der Gedanke aufgetaucht, eine erhebliche Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um 1 Proz., also auf 4½ Proz., vorzunehmen. Ferner soll ein befristetes Notopfer der Festbesoldeten erhoben werden, soweit sie über 8000 Mk. Einkommen haben. Auch die Biersteuer, die seinerzeit der Bayerischen Volkspartei zuliebe auf 46—50 Proz. herabgedrückt wurde, soll evtl. auf 75 oder 100 Prozent des geltenden Satzes erhöht werden. Aber all diese Pläne sind noch nicht endgültig! Kürzlich hat die Tagespresse nun folgende wichtige Mitteilung gebracht:

„Am 19. Mai fand im Reichstag in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther eine mehrstündige Kabinettsitzung statt. Es wurde zunächst die noch offene Frage der Dithilfe besprochen. Minister Treviranus, der sich auf einer Reise im Rheinland befindet, konnte an der Kabinettsitzung nicht teilnehmen. Dann stand die politische Lage und der Arbeitsplan für die nächste Zukunft zur Beratung. Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Lage war sich das Kabinett darüber einig, daß zur Belebung der Wirtschaft vor allem Mittel ergriffen werden müssen, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Zu diesem Zwecke werden mit den Verwaltungen der Reichsbahn und der Reichspost Verhandlungen geführt, um möglichst umfangreiche Lieferungsverträge baldigt in Gang zu setzen. Ferner schweben Erwägungen, um durch die Belebung des Wohnungsbauens und insbesondere des Kleinwohnungsbauens in gleicher Richtung zu wirken. Die schon im Gange befindliche kommunale Umschuldungsaktion soll schnellstens zu Ende geführt werden. Endlich sind größere Straßbauten vorgesehen. Alle diese Mittel sollen der Vermehrung der Arbeitsgelegenheit und der Erhöhung der Tätigkeit der Industrie zugute kommen.“

Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer wurde ermächtigt, alle Lieferungsverträge sofort in Gang zu setzen. Die Umstellung der Golddiskontbank auf ihre neue Aufgabe wurde vom Kabinett gleichfalls erörtert. Der Reichsfinanzminister berichtete dem Kabinett ferner über das von ihm entworfene Ausgabenbesetzungs- und Spargesetz, der Ernährungsminister Schiele über das Standardgesetz für die landwirtschaftliche Produktion. In Regierungskreisen wird versichert, daß die Durchführung dieses Gesamtprogramms ohne Inanspruchnahme neuer Haushaltsmittel möglich sei.“

Wir möchten nicht verfehlen zu betonen, daß der Hauptteil dieses Regierungsprogramms eine wesentliche Verbesserung der öffentlichen Wirtschaft bedeuten könnte und geeignet wäre, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, insbesondere wenn die Mittel für den Kleinwohnungsbau und die Straßbauten sowie die notwendigen Hochbauten der Städte unmittelbar bewilligt würden. Dieses Gesamtprogramm wird jedoch unmittelbar nur in die Praxis umgesetzt, wenn ein entsprechender Druck von seiten der Vertreter der Arbeiterschaft dahinter steht. Darum möchten wir uns jetzt auf die Mahnung beschränken, überall dort, wo unsere Vertreter in den Stadt- und Landesparlamenten sowie im Reichstag in den Ausschüssen sich zur Geltung bringen können, dafür zu sorgen, daß die öffentliche Wirtschaft wieder stärker in Gang gesetzt wird und wir damit über die schwierigen Zeiten hinwegkommen. D.

Kapitalmangel und Wirtschaftskrise

Nach den Behauptungen der kapitalistischen Wirtschaftsführer ist der Tiefstand der deutschen Wirtschaft und die Schwierigkeit, aus der bestehenden Wirtschaftskrise herauszukommen, nur auf ungenügende Kapitalbildung zurückzuführen. Diesen Mangel zu beseitigen, stehen angeblich die hohen Löhne der Arbeiter, das Uebermaß an Steuern und zu hohe soziale Lasten im Wege. Zur Hinwegräumung dieser Hindernisse wird daher von den Unternehmern mit schärfstem Nachdruck die Herabsetzung der Löhne sowie eine Herabminderung der steuerlichen und sozialen Lasten angestrebt. In besonderem Maße sehen wir das an dem mit größter Hartnäckigkeit geführten Kampf der Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung. Das ist leicht erklärlich, bildet doch die Arbeitslosenversicherung die Schlüsselstellung des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen die Verschlechterung der Löhne, der sozialen Versicherung der Arbeiter und ihrer Lebenshaltung.

Die Gewerkschaften haben es an dem Nachweis, daß die Behauptungen der Unternehmer unrichtig sind, nicht fehlen lassen. Steht doch einwandfrei fest, daß sich die Reallöhne der deutschen Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit nur verhältnismäßig wenig erhöht haben, demzufolge auch keine wesentliche Besserung ihrer Lebenshaltung eingetreten ist. Die Löhne der Arbeiter können daher der notwendigen Kapitalbildung nicht hinderlich sein. Das trifft auch für die steuerliche und soziale Belastung der deutschen Wirtschaft zu, wie sich zur Genüge daraus ergibt, daß die Kapitalbildung im Fortschreiten begriffen ist. Zugestanden werden kann lediglich, daß die Neubildung von Kapital noch nicht soweit gedieh, um den Vorkriegsstand zu erreichen. Aber wie das Anwachsen der Einlagen bei den öffentlichen Sparkassen zeigt, befinden wir uns auf dem Wege dazu und sind von diesem Ziel gar nicht mehr allzu weit entfernt. Im übrigen wird die vorhandene Lücke in weitgehendem Maße durch das Hereinströmen von fremdem Kapital ausgefüllt. Allein schon diese Tatsachen lassen erkennen, daß die Ursachen der deutschen Krise anderswo liegen.

Zu dieser Auffassung führt auch die Feststellung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, mit fast alleiniger Ausnahme von Frankreich, in allen kapitalistischen Ländern die gleichen sind, selbst bei denen, die von dem Krieg nicht berührt wurden oder in ihm als Verdienner auftraten. Desgleichen in den sogenannten Siegerstaaten. Sehr deutlich können wir das in England, vor allem aber in den Vereinigten Staaten beobachten. Bei letzteren kann doch niemand auch nur mit einem Schein von Berechtigung von Kapitalmangel reden. Ganz offensichtlich ist das Gegenteil der Fall. Die Beteiligung am Krieg hat die Vereinigten Staaten zum reichsten Land der Welt gemacht. Kapital und Kredit sind im Uebermaß vorhanden, so daß man dort kaum weiß, wohin mit diesem Ueberfluß, um ihn nutzbringend zu verwerten. Dazu werden die amerikanischen Kapitalisten weder durch als hoch zu bezeichnende Steuern, noch durch soziale Lasten bedrückt, worüber von den deutschen Wirtschaftsführern bei jeder Gelegenheit geklagt wird. Nur die Arbeiterlöhne gehen über das auf dem europäischen Festland übliche Maß hinaus. Dennoch zeigt sich auch in den Vereinigten Staaten eine ganz überraschende Erscheinung in der Entwicklung eines dem deutschen sehr ähnlichen Wirtschaftsbildes.

Jahrelang erstreute sich die Wirtschaft der Vereinigten Staaten der höchsten Blüte. Nicht umsonst sprach man von dem amerikanischen Wirtschaftswunder! Die Produktion erfuhr eine unausgesetzte und rapide Steigerung. Um die Absatzfrage brachten sich die Unternehmer nicht den Kopf zu zerbrechen. Die Bedürfnisse erhöhten sich so, daß die Industrie um Abnehmer nicht verlegen war. Ein drastisches Beispiel liefert hierfür die Autoindustrie, die sich im Verlauf weniger Jahre zu einer der wichtigsten Industrien entwickelte und geradezu märchenhafte Produktionsziffern erreichte. Immer neue Riesenkapitalien traten auf den Geldmarkt. Die Gewinnmöglichkeiten schienen ohne Grenzen. Und was ist die Folge dieser Entwicklung und ihre wirtschaftliche Auswirkung?

Mit einem Male — gleichsam über Nacht — steht die amerikanische Wirtschaft vor der gleichen Lage wie die englische und deutsche Wirtschaft. In dem aufgerichteten gewaltigen Wirtschaftsgebäude kracht es in allen Fugen! Immer deutlicher tritt zum Vorschein, daß die amerikanische Wirtschaft sich ebenfalls vor einer schweren Krise befindet, die sich, ungeachtet aller dagegen unternommenen Anstrengungen, weiter und weiter ausbreitet. Zur wirtschaftlichen gesellt sich die soziale Krise. Die Arbeitslosigkeit vermehrt sich trotz schärfster Drosselung der Einwanderung in bis dahin nie gekanntem Maße. Millionen Arbeiter schreien bereits nach Brot und Arbeit. Der Zustrom von weiteren Arbeitslosen

hört nicht auf. Ihre Zahl wächst zusehends, was verstehen läßt, daß sich der amerikanischen Arbeiter ob dieser Entwicklung eine immer stärkere Unruhe bemächtigt. Sie stehen vor einem ihnen in diesem Ausmaß bis dahin unbekanntem Problem! Arbeitslosigkeit hat es auch schon seither gegeben. Sie wurde aber als Ausnahme angesehen, mit der sich der einzelne abzufinden hatte. Das ist anders geworden! Es werden davon auch nicht mehr nur die ungelerten Arbeiter betroffen, sondern es hat darunter auch die sogenannte Arbeiteraristokratie und die Angestelltenchaft zu leiden, was einen wesentlichen Umschwung in der bisher gewohnten gewerkschaftlichen Auffassung herbeizuführen geeignet ist.

Wie stimmen nun diese Verhältnisse mit der Auffassung der deutschen Wirtschaftsführer von dem Kapitalmangel als Ursache der Wirtschaftskrise überein? Steht diese doch zu dem amerikanischen Beispiel in scheinbar unlösbarem Widerspruch. Wäre die deutsche Wirtschaftsmisere lediglich Folge des beklagten Kapitalmangels, der für Deutschland in gewissem Umfang zugegeben werden kann, so wäre die gleiche Lage der amerikanischen Wirtschaft mit ihrem Kapitalüberfluß verständlich. Doch das Rätsel läßt sich lösen. Nur nicht in der von den deutschen Wirtschaftsführern behaupteten Richtung. Vielmehr befinden sich die Gewerkschaften durchaus im Recht, wenn sie, im Gegensatz zu den Unternehmern, die Schuld an den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht der angeblich ungenügenden Kapitalbildung und dem Mangel an Kapital, sondern dem kapitalistischen System mit seiner monopolistischen Beherrschung der Produktionsmittel, der Fehlleitung der Rationalisierung, der Niedrighaltung der Löhne und der Kaufkraft der arbeitenden Volksschichten und der Drosselung des Absatzes durch Hochhaltung der Preise zur Last legen.

Dem kann entgegengehalten werden, daß diese Beweisführung nicht zutrifft, da ja doch die amerikanischen Löhne wesentlich höher sind als die Löhne in Deutschland, und die amerikanischen Kapitalisten durch die von ihnen angeblich vertretene Politik des „Dienstes am Kunden“ sowie Erhöhung der Löhne die Kaufkraft der breiten Massen unausgesetzt zu steigern suchten. Ein solcher Einwand ist jedoch verfehlt. Die amerikanischen Kapitalisten sind im allgemeinen aus keinem anderen Holz geschnitten als ihre deutschen Kollegen. Richtig ist zwar, daß sie in der Lohn- und Preisfestsetzung nicht die gleiche krämerhafte Engherzigkeit aufweisen wie jene. Dieser bessere Standpunkt wurde aber nicht von allen, sondern nur in den Luxusindustrien, vor allem in der Autoindustrie eingenommen. In gewissem Umfang mußten zwar auch die anderen Industrien dem von dort gegebenen Beispiel folgen. Das hinderte jedoch nicht, daß der Lohnanteil der Arbeiter an dem von ihnen erzeugten Produkt infolge der Rationalisierung und Spezialisierung der Industrie fortgesetzt sank und so — wie Eduard Weckerle in Nr. 5 des „Gewerkschafts-Archivs“ überzeugend darlegt — allmählich die Spanne zwischen Produktions- und Kaufkraft immer größer wurde. Derwärts wurde diese Entwicklung durch den gleichen Umstand wie in Deutschland und der ganzen Welt, daß die Preise für die agrarischen Produkte hinter denen der Industrie zurückblieben.

Die dem Kapitalismus zugrunde liegenden Tendenzen sind also überall die gleichen. Ob Kapitalmenge oder Kapitalüberfluß, es besteht letzten Endes in dem Verlauf der kapitalistischen Entwicklung kein Unterschied! Der Kapitalismus vermag eben die ihn treibenden Kräfte nicht mehr zu meistern; sie wachsen über ihn hinaus. Das Prinzip der kapitalistischen Produktion ist nicht die Bedarfsbefriedigung, sondern die Bereicherung der Produktionsmittelbesitzer. Letztere kann jedoch ohne wesentliche Störung nur in dem Rahmen vor sich gehen, wo sich die Konsumfähigkeit mit der Produktionskraft deckt. Bleibt erstere hinter der Produktionskraft zurück, so müssen nach beiden Seiten hin Ausfälle entstehen und kommt es zur Krise, die ein Ausschneiden der überschüssigen Produktionskräfte zur Folge hat. Auf der einen Seite brechen Unternehmungen zusammen, auf der anderen Seite werden Arbeitskräfte auf die Straße geworfen und der erzwungenen Arbeitslosigkeit überantwortet. Der durch das Mißverhältnis zwischen Konsum- und Produktionskraft an sich schon enge Verteilungskreis zieht sich immer enger zusammen. Die Zahl der produktiven Unternehmungen wird geringer, die Zahl der Arbeitslosen dagegen immer größer. Das um so mehr, je weiter die Industrialisierung auch in den agrarischen Ländern und Kolonialgebieten fortschreitet, womit sich die Exportmöglichkeiten notwendig vermindern. Einen Ausweg bietet nur sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft.

Invalidenunterstützung des Gesamt-Verbandes

Am 1. Juli 1930 tritt der Absatz 1 der Uebergangsbestimmungen des § 17 (Invalidenunterstützung) in Kraft. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die Auszahlung der Invalidenunterstützung erfolgt erstmalig für den Monat Juli 1930 an solche invalide Mitglieder, die am 1. Januar 1930 bereits 25 Jahre organisiert waren und mindestens 1300 Wochenbeiträge entrichtet haben. Diese Mitglieder erhalten nach Zahlung von 26 Beitragszuschlägen mindestens den Grundbetrag der Stufe 5 = 10,50 Mk. als Unterstützung. Tritt die Invalidität (Pensionierung) nach dem 1. Juli 1930 ein, dann erhalten diese Mitglieder den Grundbetrag der Stufe, in der der Beitragszuschlag geleistet worden ist, zuzüglich 10 Proz. der Gesamtsumme der geleisteten Beitragszuschläge, mindestens jedoch 10,50 Mark.“

Mitglieder, die auf Grund dieser Bestimmungen Anspruch auf Invalidenunterstützung erheben, haben sich mit einem entsprechenden Antrage an die zuständige Ortsverwaltung zu wenden. Diesem Antrage ist das Mitgliedsbuch und der Renten- bzw. Pensionsbescheid beizufügen.

Die Ortsverwaltung hat die Anträge unter Benützung eines Antragsformulars und Beifügung sonstiger zweckdienlicher An-

gaben an den Verbandsvorstand weiterzugeben. Das Mitgliedsbuch und der Renten- bzw. Pensionsbescheid sind ebenfalls mit einzusenden. Die Antragsformulare werden den Ortsverwaltungen umgehend zugesandt. Im Bedarfsfalle sind weitere Formulare von der Verbandsabteilung einzufordern.

Unterstützung darf nur auf besondere Anweisung des Verbandsvorstandes gezahlt werden. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt monatlich, und zwar am Schluß des Monats.

Für die Auszahlung selbst werden Vierteljahresquittungen mit drei Monatsrubriken zur Verfügung gestellt. Diese sind mit der Abrechnung eines jeden Vierteljahres an die Hauptkasse einzusenden und von dem an die Hauptkasse abzuführenden Betrage in Abzug zu bringen.

Zur Registrierung der Invalidenunterstützung beziehenden Mitglieder werden den Verwaltungen entsprechend ausgefüllte Kartothekskarten gleichzeitig mit dem Unterstützungsbescheid zugestellt. In die auf diesen Karten enthaltenen Unterstützungsrubriken sind die vierteljährlichen Unterstützungsbeträge vor Absendung der Quittungen an die Hauptkasse einzutragen.

Der Verbandsvorstand.

Umringt von Gegnern

Es gibt unionistische, syndikalistische, kommunistische und faschistische Vereinigungen, christliche und Hirsch-Dunckersche Verbände, gelbe, wirtschaftsfriedliche, religiöse, „neutrale“ und andere Vereine, die Arbeitnehmer erfasst haben und die in der verschiedensten Form gegen die freien Gewerkschaften arbeiten. Der Erfolg ihrer Arbeit ist die Zerklüftung der Arbeitnehmer. Es gibt Vereine, die mit dem Unternehmertum offene oder versteckte Freundschaft halten. Darüber hinaus auch solche, die vom Unternehmertum besonders gefördert werden. Eine Selbstbestimmung der Mitglieder im Interesse ihrer selbst ist beseitigt.

So sehen wir den Kampf der Arbeitnehmer untereinander, den Kampf gegen die große freie Gewerkschaftsbewegung. Hinzu kommt der gut organisierte Kampf der Unternehmer in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gestalt. Rings herum Feinde. Trotzdem nimmt die freie Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten täglich zu, ihre Macht steigt, die Erfolge werden größer und befreien stetig den Arbeitnehmer aus politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Abhängigkeit. Wesentliche Fortschritte sind zu verzeichnen. Oder ist etwa der Arbeitnehmer von heute noch mit dem von vor 30 Jahren zu vergleichen? Könnten die Erfolge aber nicht noch größer sein, wenn die freien Gewerkschaften nur den Unternehmer als Gegner hätten und die Gesamtheit aller Schaffenden im ADGB, AfA-Bund und ADB. vereint wären, wenn der SPD. alle Arbeitnehmer angehörten und wenn die Genossenschaftsbewegung alle Verbraucher erfasst hätte?

Wie ist aber der Aufstieg der freien Gewerkschaften überhaupt möglich gewesen trotz der vielen Gegner, selbst im Lager der Arbeitnehmer? Das ist die große Frage derer, die selbst nicht im freien Gewerkschaftsleben stehen.

„Unter der Kapitalmacht der Gewerkschaftsverbände tritt als weiteres gewerkschaftliches Kampfinstrument die Presse auf, über deren Entwicklung, Ausdehnung und Bedeutung der Besucher der Internationalen Presseausstellung in Köln im Haus der Arbeiterpresse in eindrucksvoller Weise unterrichtet wurde... täglich viele Millionen werden mit den sie beherrschenden Gedankengängen vertraut gemacht und in ihnen geschult... Sämtliche Gewerkschaftsrichtungen verfügen über eine große Anzahl von Zeitschriften und heften außerdem neben rührigen Verlagsanstalten noch Korrespondenzen, die den täglichen Dienst den Zeitungen gegenüber versehen. Die für das Jahr 1928 herausgegebenen Jahresberichte der einzelnen Gewerkschaften geben ein anschauliches Bild der von ihnen geleisteten Arbeit zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.“ Das haben nicht etwa die Gewerkschaften geschrieben, sondern diese Mitteilung enthält der Geschäftsbericht 1927/1929 der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Als die Arbeiter den Egoismus überwandten, der nur einzelnen und stets nur eine kurze Zeit ein besseres Los verschaffte, sie aber als Mitglied einer niederen Gesellschaftsklasse im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben weiter bewertet wurden, da wurden sie reif für ihre Befreiung. Der Gemeinschaftsmensch ent-

wickelte sich langsam. Er ist auch heute noch nicht in vollendeter Form und überall vorhanden. Eine Gemeinschaft kennt nur Arbeit für die Gemeinschaft, nicht für den einzelnen. Der Arbeitnehmer kann nur zur Macht gelangen, wenn er als Gemeinschaft, als Klasse auftritt. Wir denken dabei an den Tarifvertrag. Für eine Gruppe von Arbeitnehmern werden bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart. Diese Gruppe erzwingt bessere Verhältnisse, während früher der Arbeiter wohl bei guter Konjunktur höheren Lohn erreichen konnte, bei großem Angebot von Arbeitskräften der Not folgend, nicht nur mit dem vom Unternehmer festgesetzten Lohn zufrieden sein mußte, sondern, um überhaupt kärglichstes Einkommen zu erhalten, zum niedrigsten Lohn sich anbot. Nur durch gegenseitige Unterstützung der zur Lohnarbeit Verurteilten, durch die Pflege der Solidarität kamen wir vorwärts. Das führt bis zur solidarischen Unterstützung in allen Wechselfällen des Lebens. Und diese Solidarität führt über den Betrieb, über den Beruf und auch über den Verband zur großen Zusammenfassung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten (ADGB, AfA, ADB.). Sie kennt keine nationalen Grenzen, sondern findet ihre Krönung im internationalen Denken und Fühlen, im internationalen Gewerkschaftsbund. Völkerverbrüderung und Völkerveröhnung, Anerkennung und Sicherung des arbeitenden Menschen sind die höchsten Ziele internationaler Arbeit unserer Gewerkschaften. Daran — wenn auch nur zum kleinen Teile — mitarbeiten zu können, sind wir alle stolz, und darin schon beachtliche Fortschritte erzielt zu haben, ist der Erfolg unserer Solidarität. Wenn in der Arbeitnehmerschaft der Egoismus vorherrschend wäre, dann könnten wir keine gefestigte freie Gewerkschaftsbewegung verzeichnen. Durch die Solidarität, durch die Gemeinschaft wird nicht die Persönlichkeit des einzelnen ertötet. Nein, man arbeitet für sich und für seine Klasse, man nimmt bei seinen Handlungen Rücksicht auf seine Mitmenschen.

Wie einsam müssen sich diejenigen fühlen, die vom Band des solidarischen Denkens und Handelns nicht erfasst sind. Was für kläglich Menschen sind jene, die andere für sich arbeiten lassen, und wie hemmen sie darüber hinaus den weiteren und schnelleren Aufstieg der Arbeitnehmer. Aber auch wie verantwortungslos handeln dieselben Menschen, die fern unserer Gemeinschaft stehen und nichts dazu beitragen, ihren Familien ein besseres Dasein, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu schaffen.

Der Arbeitnehmer, ganz gleich welche Funktion er im Wirtschaftsprozess ausübt, ist nicht wegzudenken. Jeder ist ein Glied des Wirtschaftslebens, und daher hat er ein Recht nicht nur auf Beachtung, nein auf die Befehung und Führung aller Positionen im Staat, in der Wirtschaft. Das schafft nicht ein einzelner. Das Band der Gemeinschaft gibt Willen, Macht und Führung zur besseren Zukunft. Das Band wird und muß alle umschließen, die vorwärts wollen. Und wer wollte nicht ein besseres Dasein? Alle Arbeitnehmer wünschen es. Die Zerpfütterter im eigenen Lager werden verschwinden, Vernunft wird auch bei ihnen siegen. Daran zu arbeiten ist die Aufgabe eines jeden Mitgliedes. Der Erfolg wäre der größte, den je die Menschheit gesehen hat. G. F ö r s t e r.

Wie lese ich unsere Gewerkschaftspresse?

Lieber Leser! Zunächst möchte ich dich einmal in den Anklagezustand versetzen. Wie oft kommt es vor, daß beim Lesen der „Gewerkschaft“ die Gesinnung des Lesers sich dergestalt bemerkbar macht, daß er auf die Redaktion schimpft? Sollte da die Redaktion nicht auch einmal das Recht haben, auf den Leser zu schimpfen? Die Unzufriedenheit des Redakteurs kann nun die verschiedensten Ursachen haben, ebenso wie die des Lesers! Ich möchte aus dem Vielerlei aber zunächst einmal die Kardinalfrage herausgreifen: Warum liest du die „Gewerkschaft“ nicht regelmäßig? Natürlich werden uns Tausende von Lesern von der regelmäßigen Lektüre der „Gewerkschaft“ berichten können. Aber wenn man an Hand einzelner Erfahrungen Schlußfolgerungen ziehen darf, ist doch auch berechtigt zu sagen, daß so manche „Gewerkschaft“ ungelesen auf die Seite getan wird. Und das ist für die Redaktion schrecklich! Früher sagte man in solchen Fällen: Travailler pour le roi de Prusse! (Arbeiten für den König von Preußen!) Neuschäplich gesprochen handelt es sich um einen sogenannten „Leerlauf“.

Um nun hierin Wandel zu schaffen, bedarf es der bereitwilligen Unterstützung nicht nur der Funktionäre, sondern jedes eifrigen Lesers der „Gewerkschaft“ überhaupt, ja, wir möchten sagen, jedes gewissenhaften Verbandsmitgliedes! Zugegeben, lieber Leser, daß nicht alles, was in der „Gewerkschaft“ und in den Fachorganen steht, den Beifall des Lesers findet — das ist nämlich nicht zu verlangen! — So ist doch in den 20 Textseiten unserer „Gewerkschaft“, also in jeder Nummer soviel Interessantes, Wissenswertes und Anregendes zu finden, daß es eigentlich unverantwortlich ist, die „Gewerkschaft“ ungelesen auf die Seite zu tun! Wir sagen das nicht pro domo (für uns selbst); denn sowohl die zahlreiche Mitarbeiterchar aus Kollegenkreisen als auch die hervorragenden außenstehenden Mitarbeiter gewährleisten ohne weiteres dieses Urteil.

Wir haben aber auch noch andere Begründungen dafür. Zunächst die häufigen Zuschriften von Funktionären und Mitgliedern (etwa aus Anlaß eines Artikels, der sie besonderes interessiert hat). Da werden uns manchmal recht freundliche Worte gesagt und man denkt in solchem Augenblick: Es ist doch eine Freude, unsere Arbeit so anerkannt zu wissen! Dann aber wieder kommt eine Zuschrift mit einer bitterbösen Beschwerde, daß ihr Artikel abgelehnt ist, daß der Rotstift zu stark gewütet hat, oder daß Dinge gebracht worden sind, die mit der Gesinnung des betreffenden Lesers schwer in Einklang zu bringen waren.

Wir sind nicht gewillt, alle solche kritischen Zuschriften leicht zu nehmen, und doch müssen diese, wie wir uns wiederholt davon überzeugt haben, fast ausnahmslos bewertet werden als eine Kritik, wie sie eigentlich nicht sein sollte. Sie wird nämlich mehr oder minder von der persönlichen Empfindung des einzelnen getragen, anstatt von der sachlichen Einsicht in das Ganze, und damit kommen wir schon zu einem zweiten wichtigen Gesichtspunkt: Die Einsicht in die mannigfaltigen Schwierigkeiten und technischen Möglichkeiten der Redaktionsführung ist in weiten Leserkreisen noch sehr gering!

Vielleicht haben wir im Drange des Vielerlei manchmal unterlassen, mehr von den inneren Redaktionschmerzen zu sprechen. Das läßt sich freilich nachholen. Vielleicht deuten wir heute einmal nur zwei Punkte an: das sind die Ablehnungen, die besonders im Hauptorgan sich manchmal „bergehoch“ notwendig machen. Viele Schriftsteller (manchmal sind es auch „Schriftsteller“), eingebildete „Dichter“ und Spezialisten auf besonderen Gebieten sind erboht, wenn ihnen ihre Produktion zurückgesandt wird, weil sie für die Allgemeinheit nicht verwendbar war. Gewiß, die Redaktion besteht auch nur aus Menschen, aber in langjähriger Praxis bildet sich so etwas wie eine Griffsicherheit dafür heraus, was für unseren Leserkreis tragbar ist und was eben nicht gebracht werden kann.

Ähnlich verhält es sich mit dem Rotstift! Wir vermeiden in der Regel peinlich, den Rotstift gesinnungsmäßig zu handhaben, d. h. wir lassen gern jedem seine Meinung in seinem von ihm gezeichneten Artikel. Es ist hier wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß der anonyme Artikel in heutiger Zeit, auch in der Gewerkschaftspresse, eigentlich keine Existenzberechtigung mehr hat. Wenn also nicht der ganze Name gewünscht wird, bringen wir in der Regel mindestens die Anfangsbuchstaben des Autors, womit auch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht ist, daß die Redak-

tion sich nicht unbedingt mit jeder Wendung des Artikelschreibers einverstanden erklärt, oder gar der Verband dafür haftbar gemacht werden kann.

Andererseits müssen natürlich gewisse Richtlinien beachtet werden, um unsere gesamte Verbandstaktik, die Agitation und die Organisation in einem bestimmten Fluß zu halten. So ist es z. B. nicht möglich, unseren KPD-Kollegen unbegrenzte Schimpffreiheit zu gestatten, die sie sich heute noch manchmal in Versammlungen ganz gern herausnehmen. Doch bringen wir andererseits in regelmäßiger Folge einwandfreie Uebersetzungen, Materialien und selbst auch Artikel aus der kommunistischen Presse oder von kommunistisch gesinnten Mitarbeitern.

Fast ebenso schwierig liegen die Dinge der **Toleranz** auf bestimmten Gebieten. Zum Beispiel wird von den Großstädtern ein stärkeres freidenkerisches Verhalten der Redaktion erfordert und erwartet, während in manchen Gegenden Deutschlands umgekehrt man der Meinung ist, daß wir unter keinen Umständen auch nur an die Fragen der Konfession und Religion tippen lassen dürfen durch irgendeinen Mitarbeiter. Ähnlich ist es mit Zeitströmungen, wie z. B. Naturheilmethode, Impfwang, Temperenz, Alkoholgegnerschaft, Esperanto, Stenographie und vielen, vielen anderen „Glaubensbekenntnissen“, die nach Meinung mancher Leser nicht genügend, nach Meinung anderer von der Redaktion wieder zu stark in den Vordergrund gestellt werden.

Aber da wir in den fünf Monaten, seitdem wir die Hauptschriftleitung der „Gewerkschaft“ führen, eigentlich fundierte Beschlüsse nicht erhalten haben, möchten wir doch die Annahme riskieren, daß im allgemeinen diese Bedenken keine großen Kreise ziehen, und daß die allgemeine Auffassung über das, was möglich ist, im großen und ganzen mit der unseren übereinstimmt.

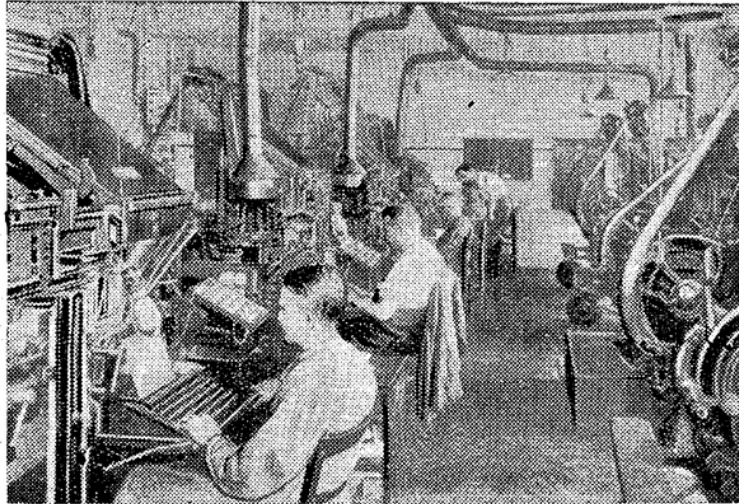
Aber wir möchten noch einem dritten Gedanken das Wort reden. Es muß nämlich bedacht werden, daß wir einerseits fast in jeder Nummer sowohl Material und Artikel bringen müssen, die sozusagen für gewerkschaftliche Anfänger gedacht sind, also die Grundlage unserer Organisationsbewegung überhaupt widerspiegeln; zum andern sind aber für Fortgeschrittene und für unsere Funktionäre in jeder Nummer Artikel notwendig, auf Grund derer sie sich notfalls ein Referat aufbauen können, um in den Versammlungen oder — ebenso wichtig — in den Betrieben für unsere Sache planmäßig und mit gutem Material zu agitieren. Es ist uns ziemlich häufig von Ortsverwaltungen wie Kollegen in den Betrieben berichtet worden, daß das auch geschieht, und daß manche Artikel geradezu „eingeschlagen“ haben. Insbesondere sagt man unserer Bildungsbeilage nach — die sich bekanntlich in jeder Nummer mit einem besonderen Thema beschäftigt und außerdem noch einen spannenden Roman in Fortsetzungen enthält —, daß sie nicht nur für unsere Kollegenchaft interessant und wichtig ist, sondern daß sie oftmals im engsten und weitesten Familienkreis, teils sogar gemeinschaftlich gelesen und auch beherzigt werde, soweit Schlußfolgerungen daraus zu ziehen seien. Wir möchten dazu nur das bekannte Wort sagen: „Hoffen wir das Beste, lieber Leser!“

Manchmal ist auch ein Teil der Kollegen, wohl aus früheren Verhältnissen heraus, noch stark eingestellt auf sein ehemaliges Verbandsblatt, das einen vorwiegend sachtechnischen Charakter hatte. Wir haben bei Schaffung unserer einheitlichen Presse versucht, nach allen Richtungen hin Licht und Schatten einigermaßen so zu verteilen, wie es den Dingen entspricht, und daraus hat sich nun ein Rhythmus herausgebildet, der, neben den 8 Seiten des Hauptorgans und den 4 Seiten der Bildungsbeilage, noch weitere 4 bis 8 Seiten enthält an sachlichen und sachtechnischen Dingen sowie auf die speziellen Berufssparten bezügliche gewerkschaftliche Gedankengänge. Wir glauben, daß diese Art der Einteilung des Lesestoffs für die Leser eigentlich eine gewaltige Erleichterung und Verbesserung bedeutet, denn sie können dadurch auch beim Lesen Zeit gewinnen.

Wenn also diese Betrachtungen in eine Frage zusammengefaßt werden sollen, die in der Ueberschrift gekennzeichnet ist (Wie lese ich unsere „Gewerkschaft“?) so möchten wir außer dem Vorhergesagten noch wünschen, daß man nicht nur die Ueberschriften liest und die Seiten überschlägt, was zwar immer noch besser ist, als das ganze Blatt auf die Seite zu legen, sondern daß man sich zum mindesten sowohl im allgemeinen Teil als auch in den Fachorganen diejenigen Artikel zu Gemüte führt,

zu denen man ein gewisses Interesserverhältnis hat. Und das ist eigentlich des Pudels Kern unserer Ausführungen, lieber Leser. —

Wir geben zu, daß nicht jeder alles lesen kann, dafür ist unsere Gewerkschaftspressen mit ihren 20 bis 24 Seiten an und für sich schon etwas reichhaltig. Bedenkt man ferner, daß jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter eigentlich die Arbeiterpresse täglich lesen sollte, daß wir ferner selber noch unsere fachtechnische Presse haben für die verschiedenen Sparten, und daß auch noch örtlich, besonders in den Großstädten von den Verwaltungen besondere „Mitteilungen“ regelmäßig herausgebracht werden, daß endlich auch noch von unseren Funktionären die vielen Zeitschriften vom ADGB, ADB, SPD. und schließlich auch der KPD. (sei es nun aus Anhänglichkeit, sei es aus Gegnerschaft) gelesen werden müssen. Das ist ein wenig viel für den geplagten Leser, und wir können den Stoßseufzer mancher Kollegen verstehen, die meinen, daß weniger in diesem Falle manchmal mehr wäre. Vielleicht kommen wir im Laufe der Zeit auch noch zu einer größeren Konzentration auf diesem Gebiet, obwohl gegenwärtig noch die entgegengesetzte Tendenz sich ziemlich stark bemerkbar macht. Also läßt sich über den letzten Punkt zusammenfassend sagen: man muß nicht alles auf einmal lesen, man soll sich seinen Lesestoff einteilen und vor allem lesen, was einen interessiert; denn das haftet im Gedächtnis, damit kann man dann in der Agitation etwas anfangen, das gibt auch Anlaß zu Diskussionen und zu Gesprächen aller Art. Vielleicht kommen wir einmal dahin, auch in den örtlichen Vorträgen die Frage ernstlich zu behandeln, wie man unsere Gewerkschaftspressen lesen soll. Seit Jahren bemühen wir uns, die Artikel so kurz wie möglich zu bringen, wenn das auch manchen Autor kränkt. Die Lesbarkeit einer Zeitung hängt von so vielen äußeren und tech-



Einotyp-Setzmaschinenraum

nischen Dingen ab, wie man gar nicht glauben sollte. Wir bringen fortgesetzt die vielen eingestreckten Gedächtnisse für den Teil der Leserschaft, der literarisch und auch lyrisch empfänglich ist. Wir bringen sehr viel Bildmaterial, und wir würden — wenn die Seiten nicht gar so ernst wären und uns entsprechendes Material zur Verfügung stände —, ähnlich wie die englische Gewerkschaftspressen, auch viel mehr noch die Karikaturzeichnung und den Humor zur Geltung bringen.

Wir möchten nun insbesondere von unseren Funktionären erwarten, daß sie zunächst sich selbst kontrollieren in bezug auf das Lesen der unserer Gewerkschaftspressen. Andererseits sollen sie Gelegenheit nehmen (in Betrieben oder sonstwo es immer möglich ist), mit den Kollegen über bestimmte Artikel zu sprechen, und wir möchten dabei auch nicht darauf verzichten, zu fordern, daß unsere Gewerkschaftszeitung kritisch gelesen wird. Vor allen Dingen sollte die neuerscheinende „Gewerkschaft“ möglichst

sofort „unter die Lupe“ genommen werden; denn dann ist das Interesse noch zumeist am stärksten. Es ist auch ein großer Irrtum, wenn man hier und da hört, daß manches „bereits veraltet“ sei, weil es in der Tagespresse gestanden habe. Wir könnten wohl in jedem Einzelfall den Nachweis leicht erbringen, daß die besondere gewerkschaftlich-politische Beleuchtung der Angelegenheit sich oft unterscheidet von der Arbeiterpresse, und daß zum andern sehr viele Stoffgebiete bei uns anders gearartet sind. — Aber nun haben wir unsere Redaktionsstoßseufzer ausgestoßen, jetzt sind wir endlich am Ende! So möchten wir unsere Mahnungsepigramme, die schon allzu weit über den Rahmen eines Kurzaufsatzes hinausgeht, schließen mit dem bekannten Lessingschen Wort: „Wir wollen weniger erhoben und fleißiger gelesen sein!“
E d i.

Die Welt ohne Papier

Das Papier auf dem Aussterbeetat! Das ist ein Schreckensruf, der durch den Kosmos geht. Das Jahrhundert der Zeitung vernichtet das Holz. Für eine einzige New-Yorker Zeitung, die täglich 300seitig in Riesenformat und Millionenauflage erscheint, muß jährlich ein Wald von gewaltigen Ausmaßen für die Papierproduktion gefällt werden. Es gibt jenseits des großen Teiches noch zahlreiche andere Mammutverlage, deren Papierkonsum gigantisch ist. Und das sind nur amerikanische Zeitungsunternehmen! Der Holzverbrauch der Druckindustrie in der übrigen Welt wächst täglich. Was die Bücher und Zeitschriften anlangt, so steht der Papierbedarf dem der Presse kaum nach. Kommt der Verbrauch von Holz als Baumaterial und Brennstoff hinzu, dann drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Was wird von den Wäldern übrig geblieben sein, wenn bis zur Jahrhundertwende kein Papierersatz gefunden sein wird?

Man sucht. Man macht Vorschläge, der drohenden Gefahr des Holzmannes zu steuern. Der Ausbau des Radios als „gesprochene Zeitung“ und die Verfeinerung des Grammophons als „gesprochenes Buch“ beschäftigen bereits die Ingenieure. Von der gesprochenen Zeitung sind wir nicht mehr fern, da heute schon der Rundfunk „Nachrichten“ verbreitet. Ob die Zeitung dadurch völlig ersetzt wird, das ist noch die Frage. Zunächst liest man zehnmal schneller als man hört. Schließlich kann man das, was man beim Lesen nicht sofort verstanden hatte, bei der „gedruckten Zeitung“ wiederholt überfliegen. Endlich wählt man ganz nach Wunsch und Gefallen den Lesestoff aus. Bei der „gesprochenen Zeitung“ dagegen wird man der Sklave des Apparats. Es ist unmöglich, den Hörer abzulegen, ohne nicht den Zusammenhang mit dem Stoff zu verlieren. Für das „gesprochene Buch“ — das Grammophon — sind die Unzulänglichkeiten schon nicht mehr so

erheblich. Aber auch da sind sie noch vorhanden. Nachteile sind: Zeitverlust und der Zwang, beim Wiederabhören der Platte den Apparat anzuhalten.

Es gibt kaum einen Zweifel, daß das gesprochene Wort das gedruckte nicht ablösen wird. Schon deshalb nicht, weil das Tempo unserer Zeit nach immer größerem Tempo verlangt. Wahrscheinlich wird das Druckgewerbe seine Bedeutung behalten. Aber wenn uns schließlich das Papier fehlt, was wird dann? Nun! Wir müssen einen anderen Stoff erfinden. Die bedeutendsten Köpfe der Erfinderwelt beschäftigen das Problem. Es scheint, daß wir einer Lösung nicht fern sind. Edison hat erst kürzlich bestätigt, daß dem Stahl die Zukunft gehört, daß der Stahl den besten Papierersatz darstellt. Schon ist es gelungen, Stahlplatten auszuwalzen, die eine viel geringere Stärke aufweisen als das feinste Papier. Das wird etwa bedeuten, daß die Bücher der Zukunft auf die Hälfte, ja auf den vierten Teil ihres Umfangs reduziert werden können. Dem Stahl die notwendigen Druckeigenschaften — vor allem die Farbe — zu geben, ist heute schon kein unüberwindliches Hindernis mehr. Fraglich ist nur, wie der Leser davon geschützt werden kann, sich an den scharfen Kanten des Stahlpapiers zu verletzen. Außerdem ist zu befürchten, daß die Bücher wie gewöhnliche eiserne Kasserollen rosten. Vielleicht werden auch die Blätter oft magnetisch zusammenkleben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß über kurz oder lang neue Erfindungen die geringe Unzulänglichkeit des Stahls beseitigen. Die Menschen haben schon schwerere Aufgaben gelöst. Wie lange noch, und das Zeitalter des Stahlpapiers beginnt.

Bert Bach (in „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“).

Die sechste Großmacht

Die moderne Zeitung ist ohne den modernen Kapitalismus nicht zu verstehen, und es ist deshalb auch begreiflich, daß die heutige Zeitung über den Ursprung als Nachrichtenblatt hinausgewachsen ist. In der Arbeiterpresse spiegelt sich der Kampf der Geister für Fortschritt, Kultur und Sozialismus gegen Kapital und Reaktion wider, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß allein die Tagespresse in jährlich 35 Millionen Exemplaren die Haltung von Staat, Wirtschaft und Verwaltung zu beeinflussen sucht und der öffentlichen Meinung ein bestimmtes Gepräge gibt, versteht man den Ausdruck Napoleons mit Bezug auf die Haltung des damaligen „Rheinischen Merkur“, daß die Presse die sechste der gegen ihn verbündeten Großmacht sei.

Was eine Zeitung ist, beleuchtet am besten folgender Ausdruck des Nationalökonomten Karl Bücher:

„Jede Zeitung, d. h. jede Nummer eines großen Tageblatts,

ist ein Wunderwerk der kapitalistisch organisierten volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und maschinellen Technik, ein Mittel des geistigen und wirtschaftlichen Verkehrs, in dem sich die Wirkungen aller anderen Verkehrsmittel, der Eisenbahn, der Post, des Telegraphen, des Fernsprechers und des Rundfunks in einem Brennpunkt vereinigen.“ Wer eine solche Macht in Händen hat, ist in der Lage, für seine Gedanken, für seine Forderungen Stimmung zu machen. Derständig deshalb,

daß sich ein großer Teil der Presse in privaten Händen befindet und so den Interessen einzelner oder einer bestimmten Gruppe dient. Das wird gerade von dem arbeitnehmenden Volk viel zu wenig beachtet. Wie könnte es sonst sein, daß die bürgerlichen Zeitungen stärker verbreitet sind und mehr gelesen werden als die Arbeiterzeitungen. Die ganze Zerissenheit unseres Volkes spiegelt sich in der Presse wider. Die 3275 in Deutschland erscheinenden Zeitungen vertreten viele verschiedene politische und wirtschaftliche Meinungen. Die deutsche Zeitung ist eben mehr Gesinnungszeitung, wenn auch bei einzelnen großen Blättern sich der Gedanke der Geschäftszeitung, wie es besonders in England und Amerika der Fall ist, mehr und mehr durchzieht.

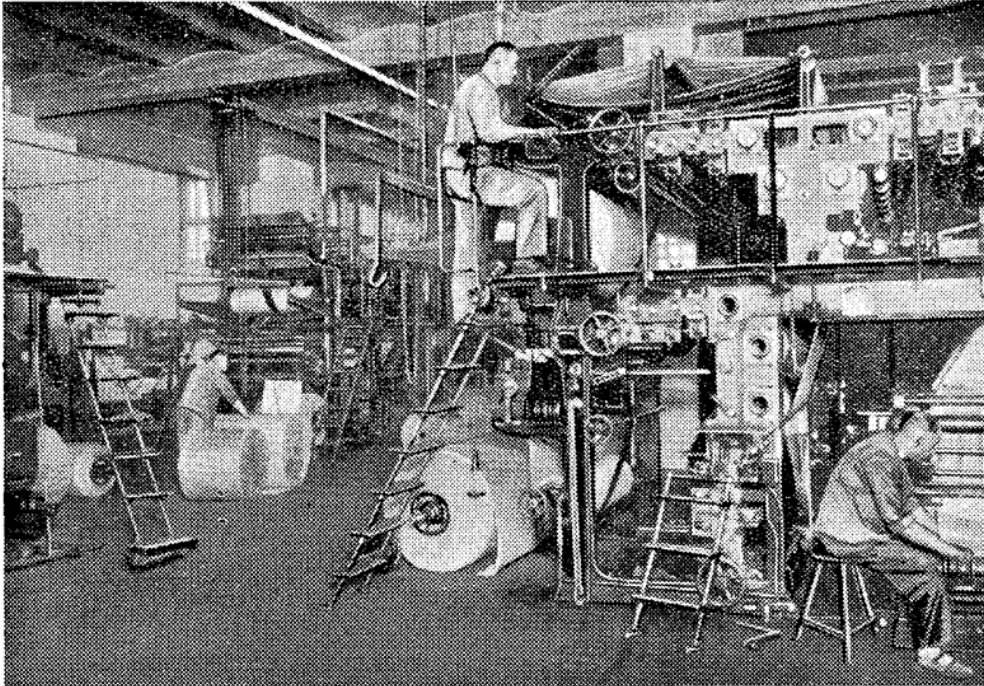
Die folgende Statistik von 1927 gibt ein Bild über die verschiedenen Zeitungsrichtungen in Deutschland. Es erscheinen wöchentlich:

Richtung	1 mal	2 mal	3 mal	4 oder 5 mal	6 mal	über 6 mal	Zusammen
Parteilos	88	131	361	47	836	32	1495
Deutschnatl. DP.	14	8	39	3	341	39	444
Zentrum	10	21	31	4	196	50	312
Sozialdemokratie	5	2	3	—	154	5	169*)
Bürgerlich	12	4	29	5	150	9	209
Amtlich	59	45	45	9	68	—	226
Demokratisch	5	1	2	2	67	12	89
Wirtschaftspartei	5	4	10	5	74	3	101
Deutsche DP.	2	—	3	1	39	11	56
Liberal	—	1	4	1	47	10	63
KPD.	—	—	—	—	35	—	35
Dötkisch	1	1	1	—	5	—	8
Bauernbündlerisch	—	1	1	—	16	—	18
Republikanisch	1	—	—	—	8	—	9
Fremdländisch	—	1	3	—	6	—	10
Deutsches Reich	202	220	532	77	2042	171	3244

*) Am 31. Dez. 1929 203.

Die Generalanzeigerpresse nicht ausgenommen, bestehen zurzeit verschiedene Zeitungskonzerne horizontalen und vertikalen Charakters. Unter den ersteren treten besonders die Partiekonzerne in Erscheinung. Nach dem neuesten Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei verfügt die „Konzentrations-AG.“ über 129 Verlage, die in 107 eigenen Druckereien 203 Parteizeitungen herausbringen. Als weiteres Unternehmen kommt hinzu der „Sozialdemokratische Pressedienst“, der im In- und Ausland Berichterstatte hat und die eigenen Zeitungen mit Meldungen versorgt.

Die kommunistische Presse ist in der „Deuwig“ vereinigt, die ihrerseits dem Münsenberg-Konzern angehören soll. Um die Existenz desselben ist ein dunkler Schleier gelegt; sicher ist soviel, daß auch die Internationale Arbeiterhilfe im kommunistischen Zeitungsweien eine Rolle spielt. Zurzeit werden 35 kommunistische Zeitungen genannt.



Rotationsjaal

Der bayerische Zeitungsblock in München hat 17 Zeitungen, der „Derbo“ (Verband oberschwäbischer Zeitungsverleger) in Friedrichshafen 19 und der „Zeno-Konzern“ (Zeitungsverlegerverband Nordwestdeutschland) in Münster 28 Zeitungen. Zu erwähnen sind dann noch als Partiekonzerne einige katholische Vereinigungen in Bayern, die 22 Zeitungen herausgeben. Von besonderer Bedeutung sind noch die großen Berliner Verlage von Mosse, Ull-

stein und einige Verlage im Reich. Ein Zeitungskonzern vertikalen Charakters war der Stinnes-Konzern mit 90 Tageszeitungen, der allerdings in der Form aufgehört hat, zu bestehen. Besonders hervorzuheben ist der Hugenberg-Konzern, dem der August-Scherl-Verlag, die Vera-Verlagsanstalt, die Telegraphen-Union, die Ala-Anzeigen und die Universum Film AG. (Ufa) angehören.

Parallel mit der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ging auch die Gewerkschaftspresse, die heute neben der Tagespresse unsere besondere Beachtung verdient. Das wird auch von Arbeitgeberseite widerwillig anerkannt. Die freien Gewerkschaften haben heute etwa 100 Verbandsorgane mit einer Gesamtauflage von 6 971 000. Die Jahresauflage betrug 1927 991 Millionen Exemplare, 1928 dürften es über 1 Milliarde gewesen sein.

Was die einzelnen Organisationen auf diesem Gebiet zu leisten imstande sind, zeigt am besten das Pressewesen unseres Gesamt-Verbandes. Neben dem Hauptorgan, der „Gewerkschaft“, mit den verschiedenen Fachbeilagen erscheint noch die „Beamten-Gewerkschaft“, die „Hausangestellten-Zeitung“ und vier fachtechnische Zeitschriften. Die Gesamtauflage aller Organe betrug am 25. April 1930 rund 835 000 Exemplare.

Der neue Geschäftsbericht der Arbeitgeberverbände sagt zu dem Pressewesen der Gewerkschaften ergänzend, daß „zu der großen Anzahl von Zeitschriften noch rührige Verlagsanstalten und Korrespondenzen kommen, die den täglichen Dienst den Zeitungen gegenüber versehen.“ Wenn man sich diesen Ausschnitt aus dem deutschen Pressewesen überlegt und die praktische Auswirkung des Gelesenen in Betracht zieht, erkennt man die Macht der Presse, die im umfassendsten Sinne nicht nur Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsorgan, sondern auch geeignet ist, die Wege zu einem Ziel zu ebnen, das wir als Gewerkschafter und Sozialisten anstreben.

F r i e ß.

Wie die Zeitung entsteht

Lieber Leser! Willst du wissen, wie eine Zeitung entsteht, so mußt du dir folgendes klarmachen: Soll eine Zeitung geschaffen werden, so ist erste Voraussetzung, daß die Frage geklärt wird, wem soll die Zeitung dienen, und welchen Zweck soll sie erfüllen? Gewerkschaftsblätter sollen den Arbeitnehmern dienen in ihrem Kampf um Verbesserung ihrer Lebenslage. Sie sollen ihre Leser aufklären über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen abhängig sind, und sollen ihnen Mittel und Wege zeigen, die sie aus Not und Bedrückung herausführen. Dabei werden den Zentralorganen der Gewerkschaften, der „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB, der „AFA-Bundeszeitung“ und der „Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung“ andere Aufgaben zufallen als den Blättern der einzelnen Verbände. Während die genannten drei Zeitungen die Fragen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der Grundsätze und der Taktik der Gewerkschaften, der Gewerkschaftsbildung usw. vom

Gesichtspunkt aller Arbeiter resp. Angestellten oder Beamten zu behandeln haben, ist es Aufgabe der einzelnen Verbandsblätter, diese Fragen mehr vom Standpunkt der zu ihrem Leserkreis gehörenden Arbeitnehmer bestimmter Berufe und Industrien zu beleuchten. So ist jedem Blatt ein Rahmen gesteckt, in dem es sich bewegen muß. — Wie zum Bau eines Hauses in erster Linie ein Baumeister gehört, so gehört zur Herausgabe einer Zeitung ein Schriftleiter, oder wie das mehr und mehr außer Kurs geratende Fremdwort heißt, ein Redakteur. Will dieser sein Blatt interessant gestalten, ihm Ansehen und Achtung verschaffen — und welcher Schriftleiter wollte das nicht —, so muß er es nach einem bestimmten Plan ausbauen. Je vielgestaltiger der Inhalt eines Blattes ist, je lebendiger seine Artikel und Notizen geschrieben sind, je schneller seine Berichterstattung erfolgt, um so interessanter ist es, um so eifriger wird es gelesen.

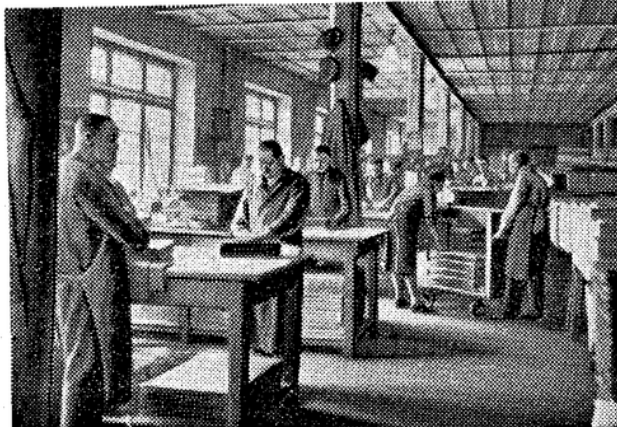
Eine tüchtige Schriftleitung wird die wichtigsten aktuellen Fragen selbst behandeln und so dem Blatt einen bestimmten Charakter geben. Für die Erörterung und Behandlung anderer Fragen wird sie sich geeignete Mitarbeiter heranziehen. Umfangreiche und oft erscheinende Zeitungen bedürfen mehrerer Redakteure, wovon einer der Hauptschriftleiter oder Chefredakteur ist, der den einheitlichen Charakter der Zeitung bestimmt.

Wie geht es nun in der Redaktion einer Gewerkschaftszeitung zu? Bei der ungeheuer großen Zahl hungernder und darben-der freier Schriftsteller, die die Redaktionen mit ihren Erzeugnissen überhäufen und der großen Zahl der Mitarbeiter aus den Kreisen der Verbandsfunktionäre und -mitglieder, die aus ihrem Tätigkeitsgebiet heraus pflichtgemäß und freiwillig für ihr Verbandsblatt schreiben, türmen sich auf den Schreibtischen der Redakteure die Manuskripte (Originalartikel, Notizen, Korrespondenzen usw.) bergehoch auf. Der gewissenhafte Redakteur muß alle diese Zuschriften auf ihre Brauchbarkeit prüfen. Das bedeutet für ihn keine Arbeitserleichterung, weil er dadurch selber nichts schreiben braucht, sondern eine Arbeitsvermehrung. Denn der größte Teil der Manuskripte muß nach erfolgter Durchsicht abgelehnt werden, da ihr Inhalt zur Annahme absolut ungeeignet ist oder weil es der beschränkte Raum der Zeitung verbietet. Die hierbei verwandte Arbeitszeit ist also nutzlos veran. Andere, und das sind die meisten der angenommenen Artikel und Berichte, müssen umgearbeitet werden, weil sie zu lang sind und zuviel Nebensächliches enthalten, und weil ihr Deutsch und Stil nicht druckreif sind. Viel Ueberflüssiges wird beispielsweise in Versammlungsberichten geschrieben. Daß eine Sitzung im „Blauen Engel“ oder im „Grünen Frosch“ abgehalten wurde, wissen die dazu Eingeladenen auch ohne die Zeitung. Die anderen Leser interessiert das aber ebensovienig wie die Mitteilung, daß der Vorsitzende Müller die Versammlung um 7.30 Uhr eröffnet und der Schriftführer Schulze das Protokoll verlesen hat. Ebenso unwichtig ist zu berichten, daß der Revisor Krause Entlastung des

Kassierers beantragt und dieser Antrag angenommen wurde, wie die Mitteilung, daß die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß sieben und nicht bloß fünf Stunden gedauert haben.

Sind die Manuskripte druckfertig, wandern sie in die Druckerei, wo vermittelt der Satz für den Druck hergestellt wird. Von dem Satz werden dann Abzüge gemacht, die der Korrektor zur Durchsicht auf Druckfehler erhält. Dann wird die Korrekturfahne dem Maschinensetzer wieder übergeben, der die vermerkten Fehler aus dem Satz ausmerzt.

Damit die Zeitung rechtzeitig gedruckt werden kann, muß rechtzeitig Redaktionsluß erfolgen. Die Redaktion übergibt nun der Druckerei eine Aufstellung, Spiegel genannt, die die Reihenfolge der in die nächste Nummer der Zeitung aufzunehmenden Artikel und Notizen vorschreibt. Nun erfolgt in der Druckerei der Umbruch. Das heißt, der Satz wird so in den Rahmen der Zeitungsseiten eingeordnet, wie dann die fertige Zeitung aussieht.



Die „Gewerkschaft“ wird verpackt zum Versand

Auch das Bild der Zeitung soll den Beschauer zum Lesen reizen. Darum müssen die Artikel so rangiert werden, daß die wichtigsten sofort auffallen. Dabei ergeben sich wiederum Unstimmigkeiten, die der Redakteur bei der Revision beheben muß. Mancher Artikel ist für den ihm vorgeschriebenen Raum zu groß und es muß soviel eingetrichtert werden, wie Ueberschlußzeilen bestehen. Andere sind zu kurz. Hier muß soviel zugesprochen werden, wie der leere Raum beansprucht oder er muß durch eine besondere Notiz ausgefüllt werden. Zudem geht der Redakteur das Ganze noch einmal auf Fehler durch. Sind nun alle Mängel behoben, erfolgt noch eine

letzte Durchsicht: die Revision der Druckerei. Trotzdem bleiben noch Fehler stehen oder es schleichen sich sogar neue ein, zum Aerger und Schrecken des Redakteurs, oft zum Gaudium der Leser.

Hohe Zeitungsauflagen können nicht von dem vom Schriftsetzer hergestellten Satz allein gedruckt werden, weil infolge starker Abnutzung der Schrift beim Druck nur einige tausend Zeitungspapier davon gedruckt werden können. Auf Rotationsmaschinen kann dieser Satz überhaupt nicht verwandt werden. Es muß deshalb eine Dervielfältigung des Satzes, d. h. die Stereotypie, erfolgen. Das geschieht in der Weise, daß die Schrift des Satzes in Pappe (Matern) geprägt wird, und diese Matern als Formen verwandt werden, aus denen heraus Druckplatten in der nötigen Anzahl und in der für die Rotationsmaschine notwendigen runden Form gegossen werden.

Rotationsmaschinen, die im Durchschnitt pro Stunde 10 000 Zeitungen drucken, sind derartige Wunderwerke der Technik, daß der Laie ihre Konstruktion und ihre Leistungen immer wieder bestaunt. Auf der einen Seite dieser Ungetüme wird eine Rolle Zeitungspapier aufgehängt. Mit rasender Geschwindigkeit läuft dann das Papier in schier endlos langen, breiten Streifen durch die im Gange befindliche Maschine, um auf der andern Seite als fertig und abgezählte Zeitungen herauszukommen. Eine solche Maschine druckt bis zu 16 000 Zeitungen pro Stunde. Der Durchschnitt beträgt aber nur 9 000—10 000, weil oft Störungen durch Reißen des Papiers, Einheben neuer Papierrollen usw. entstehen.

Ist die Arbeit der Redaktion und der Druckerei getan, so tritt nun die Expedition in ihre Rechte. Ihre Aufgabe ist es, die Zeitung so schnell wie möglich und in der richtigen Zahl in die Hände der Vertrauensleute zu bringen, die dann die Blätter ebenso schnell den Verbandsmitgliedern zustellen müssen. Erfolgt diese Erledigung prompt, so daß die Zeitungen nicht veralten, und werden sie dann auch wirklich gelesen, so erfüllt das Gewerkschaftsblatt seinen Zweck: Berater und Wegweiser der Arbeitnehmer im Kampf um die bessere Gestaltung ihrer Lebenslage zu sein.

G. R.

Alkohol und Volkswirtschaft

Don der Jahrhundertwende bis zum Kriegsbruch war in Deutschland erfreulicherweise ein allmählicher Rückgang des Alkoholkonsums zu verzeichnen, was zweifellos als ein Erfolg der immer mehr erstarkenden Abstinenzbewegung zu buchen war. Während des Krieges wurde infolge der großen Lebensmittelknappheit die Alkoholproduktion stark eingeschränkt. Aber nach dem Kriege stieg der Alkoholverbrauch von Jahr zu Jahr wieder ganz gewaltig, so daß er heute bereits wieder mehr als 80 Proz. der Vorkriegeshöhe beträgt. Bei der Beurteilung der Alkoholschäden darf man aber die gegenwärtigen Verbrauchsziffern nicht in Vergleich stellen mit denen der Vorkriegszeit. Heute sind viele Arbeiter infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse direkt gezwungen zu einem fast enthaltlosen Leben. Wäre das nicht der Fall, müßten nicht Millionen Arbeiter direkt am Hungertuch nagen, der Alkoholkonsum und das damit verbundene Alkohol-elend wäre heute wahrscheinlich größer als vor dem Kriege.

Die Alkoholkapitalisten entfalten heute eine so enorme Trinkpropaganda wie nie zuvor. Die Menschen aber in ihrer Unkenntnis über die Alkoholschäden sind noch befangen im Alkoholaberglauben und fallen deshalb leicht auf die marktstreicheriiche Alkoholreklame herein. Sie glauben immer noch an den Alkohol als Sorgenbrecher, an dieses Wundergetränk, das angeblich allen Kummer verschweicht und die erschlafften körperlichen und geistigen Kräfte wieder auffrischt. Solange diese falsche Wertschätzung des Alkohols noch allgemein vorherrschend ist, solange brauchen die Alkoholkapitalisten um ihre Dividenden nicht besorgt zu sein; die gesamte Volkswirtschaft aber hat den Schaden davon.

Im Etatjahr 1927/28 verausgabte das durch den Krieg verarmte deutsche Volk für alkoholische Getränke die Riesensumme von 4 695 045 000 Mk.; auf die Bevölkerungszahl umgerechnet ergibt dies eine Jahresausgabe pro Kopf von 74,50 Mk. Im Jahre 1928/29 dürften die 5 Milliarden Mark bestimmt überschritten sein.

Wir leiden in Deutschland unter einer erschreckenden Wohnungsnot und einer Massenarbeitslosigkeit, die zum Dauerzustand zu werden droht. Für die 5 Milliarden Mark aber könnten 1 Million neue Wohnungen gebaut werden, und die Wohnungsnot wäre mit einem Schlage beseitigt. Aber auch die Arbeitslosigkeit würde dadurch ganz erheblich verringert, denn im Baugewerbe werden bei dem gleichen Betriebskapital viermal so viel Arbeiter beschäftigt als im Alkoholgewerbe. Die Bauindustrie ist bekanntlich eine sogenannte Schlüsselindustrie. Wenn also 1 Million neue Wohnungen gebaut würden, dann würden auch mehrere Millionen Schränke, Tische, Stühle, Bettstellen, Kochherde usw. gebraucht; alle diese Industrien bekämen Aufträge und müßten Arbeiter einstellen.

Wenn der Alkoholkonsum eingeschränkt wird oder ganz wegfällt, dann werden erhebliche Einkommensteile frei für nützliche Zwecke; es wird mehr ausgegeben für bessere Ernährung, für bessere Wohnung, Kleidung und zur Befriedigung von Kulturbedürfnissen. Es treten also Bedarfsverschiebungen ein und an Stelle des heutigen Alkohol-elends könnte ein gewisser Wohlstand Platz greifen.

Die Alkoholwirtschaft benachteiligt auch die Lebenshaltung der

Arbeiterschaft durch Vergeudung ungeheurer Mengen guter Nahrungsmittel, die zur Herstellung der alkoholischen Getränke verwendet werden. Im Jahre 1927/28 wurden in Deutschland rund 52 Millionen Hektoliter Bier hergestellt und dazu wurden verwendet: 9 595 060 Doppelzentner Getreidemalz bzw. Gerste und 73 250 Doppelzentner Zuckerstoffe. Außerdem sind zur Herstellung von 1 Hektoliter Bier etwa 34 Kilogramm Steinkohlen erforderlich; bei 52 Millionen Hektoliter also die Riesensumme von rund 35 Millionen Zentner Steinkohlen.

Zum Brennen der 2½ Millionen Hektoliter Trinkbranntwein, die 1927/28 in Deutschland konsumiert wurden, verbrauchte man etwa 20 Millionen Doppelzentner Kartoffeln, über 1 Million Doppelzentner Getreide, fast 2 Millionen Doppelzentner Rüben und etwa 3½ Millionen Hektoliter Obst und Treber; die deutsche Arbeiterschaft aber hungert. Kämen alle diese Produkte auf den Lebensmittelmarkt, so könnten 9 Millionen Menschen davon ernährt werden; außerdem würden die Lebensmittelpreise sinken, denn bekanntlich richten sich ja die Preise immer nach der Größe des Angebots.

Um die für die Alkoholproduktion erforderlichen Erzeugnisse anzubauen, ist eine Anbaufläche von rund 725 000 Hektar erforderlich; diese Fläche entspricht etwa der Größe des ganzen Freistaates Baden und macht ein Dierzigstel der gesamten deutschen Anbaufläche aus.

Etwa ein Zehntel aller Erwerbstätigen stehen im Dienste des Alkohols; sie sind zum Teil mit der Herstellung der alkoholischen Getränke beschäftigt, zum Teil mit dem Vertrieb derselben, zum Teil mit dem Anbau der erforderlichen Naturprodukte und mit dem Bau der notwendigen Maschinen. Würden alle diese Arbeitskräfte aus dem schädlichen Alkoholgewerbe herausgezogen und einem sozial nützlichen Produktionszweig zugeführt, — welcher großer Gewinn wäre das für unsere Volkswirtschaft!

Die Ansicht mancher Getränkearbeiter, daß sich gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Alkoholproduktion verhängnisvoll auswirken müßten, ist ein Irrtum. Der Arbeitsmarkt würde dadurch nicht belastet, sondern entlastet werden, wie ja oben bereits nachgewiesen wurde. Die im Alkoholgewerbe Beschäftigten hätten also durch ein etwaiges Alkoholverbot nichts anderes zu verlieren als die Aussicht auf einen frühen Tod; denn das Alkoholgewerbe hat im Verhältnis zu anderen Berufen die höchsten Krankheits- und Sterblichkeitsziffern aufzuweisen.

Jedenfalls muß die organisierte Arbeiterschaft gegen eine solche ungeheuerliche und verantwortungslose Verwüstung von menschlicher Arbeitskraft und Naturproduktion ganz energisch Front machen, wenn unsere Volkswirtschaft wirksam rationalisiert werden soll.

Der Arbeiterdichter Toller hat recht, wenn er sagt: „Jeder ist schuldig, der da weiß, daß ein Kind hungert und er hilft ihm nicht zu Brot!“ Also nicht nur die herrschenden Klassen, nein, auch die noch trinkenden Arbeiter machen sich mitschuldig an der Verelendung unserer Kinder.

Wer den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Volkes will, der muß den Alkohol meiden!
W. Gessler.

Zur Selbstverwaltung in der Krankenversicherung

Die Feinde unserer Krankenversicherung, die sich in ihrer übergroßen Mehrzahl aus den Reihen der Arbeitgeber zusammensetzen, sind weniger Gegner der Krankenversicherung an und für sich. Ihnen ist vielmehr die Selbstverwaltung der Versicherungsträger, und hier wieder der maßgebende Einfluß der Versicherten ein Dorn im Auge. Dieser Kampf um die Selbstverwaltung besteht schon seit Einführung der Krankenversicherung. Bis jetzt haben die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien alle Angriffe auf das Mitbestimmungsrecht der Versicherten mit Erfolg abgesehen. (Nicht gelungen ist es ihnen dagegen bis heute, den Arbeitnehmern auch in der Invalidenversicherung und vor allen Dingen in der Unfallversicherung einen maßgebenden Einfluß zu schaffen.) Die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ hat jetzt ihrerseits Reformvorschläge zur Krankenversicherung veröffentlicht. Neben einem Abbau der Kassenleistungen verlangen diese Vorschläge mancherlei Änderungen im Aufbau und der Verwaltung der Krankenversicherung. Diese gehen fast ausschließlich dahin, den Einfluß der Arbeitnehmer auf die Versicherung zu verringern. Damit werden gleichzeitig Vorschläge verbunden, die den Arbeitgebern eine größere Machtbefugnis einräumen sollen. (Wir sind auf diese „Reform“-Vorschläge der Arbeit-

geber bereits ausführlich eingegangen und können uns deshalb Wiederholungen sparen.)

Es sind sich jedoch nicht nur die deutschen Arbeitnehmer darüber einig, daß eine Selbstverwaltung mit einem weitgehenden Einfluß der Versicherten zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Versicherung unbedingt notwendig ist. Auch andere Kreise beschäftigen sich mit diesem so wichtigen Problem. Die im Jahre 1927 gegründete „Internationale Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine“ hielt im September vorigen Jahres ihre dritte Generalversammlung in Zürich ab. Erwähnt sei, daß diese Vereinigung Spitzenverbände von Krankenkassen und einzelne Versicherungsträger aus 18 verschiedenen Staaten umfaßt. Die Zahl der durch die angeschlossenen Verbände usw. vertretenen Versicherten erreicht die Zahl von 30 Millionen. Es sind folgende Staaten in der Zentralstelle vertreten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Jugoslawien, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Palästina, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien und die Tschechoslowakei. Aus Deutschland ist der Internationale Zentralstelle nur der „Hauptverband deutscher Krankenkassen“ angeschlossen. Die übrigen Kassenspitzenverbände stehen der

Zentralstelle noch fern, ja sogar ablehnend gegenüber. Auf der Tagesordnung der erwähnten Generalversammlung, die von Vertretern aus 13 verschiedenen Ländern besucht war, stand als wichtigster Punkt: „Die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung.“ Die zu diesem Thema gemachten Ausführungen der verschiedensten Vertreter gipfelten darin, daß eine Selbstverwaltung unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten für die Krankenversicherung unbedingt notwendig sei. So interessant all diese Ausführungen und vorgebrachten Argumente auch waren, es kann auf sie an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Anlässlich dieses Themas wurde von den Versammelten eine Entschließung angenommen, aus deren Wortlaut folgende Sätze wichtig und daher erwähnenswert sind:

„1. Die Versicherungsträger müssen durch die von den Versicherten und Arbeitgeber, sofern letztere beitragspflichtig sind, gewählten Organe verwaltet werden.

2. In diesen Verwaltungsorganen müssen die von den Versicherten gewählten Vertreter eine Mehrheit haben, die ihnen den entscheidenden Einfluß sichert.

3. Die für eine gezielte Entwicklung der Krankenversicherung mit entsprechenden Vollmachten auszustattenden Organe der Selbstverwaltung müssen insbesondere berechtigt sein, im Rahmen des Gesetzes und der von dem Versicherungsträger beschlossenen Satzung über Umfang und Art der Leistungen und deren Gewährung zu beschließen. Sie haben die Finanzgebahrung des Versicherungsträgers selbst zu bestimmen, über die Anlegung des Vermögens selbständig zu entscheiden und sowohl die leitenden Angestellten als auch das Verwaltungspersonal zu bestellen, sowie ihr Dienstverhältnis zu regeln.

4. Die Beaufsichtigung des Staates hat sich darauf zu beschränken, daß die Versicherungsträger Gesetz und Satzung beachten.“

Diese Forderungen entsprechen ungefähr dem System der Selbstverwaltung, wie wir es in der deutschen Krankenversicherung haben. Man kann und muß daher die Schlussfolgerung ziehen, daß das deutsche System nachahmenswert und gut ist. Diese Feststellung, die von den Vertretern der verschiedensten Staaten getroffen worden ist, muß uns ein Ansporn sein, die Selbstverwaltung der deutschen Krankenversicherung mit ihrer entscheidenden Beteiligung der Versicherten mehr noch als bisher hochzuhalten und zu verteidigen.

Es sei an dieser Stelle auch nochmals darauf hingewiesen, daß auch durch die deutsche Reichsverfassung das Selbstverwaltungsrecht in der Sozialversicherung in gewissem Maße garantiert ist. Es heißt im Artikel 162 dieses deutschen Grundgesetzes:

„Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorbeugung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechseljahren des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“

Diese Bestimmung ist, wie ja allgemein bekannt sein dürfte, in der Praxis noch lange nicht durchgeführt. Ist schon der Einfluß der Arbeitnehmer auf die Verwaltung der Invalidenversicherung sehr gering und in der Praxis fast gar nicht in Erscheinung tretend, so fehlt der Einfluß bei der Unfallversicherung gänzlich. Hier sind die Unternehmer vollkommen die alleinigen Herren im Hause. Bei der Krankenversicherung ist, wie bereits erwähnt, ein maßgebender Einfluß der Versicherten noch vorhanden. (Abgesehen von den Betriebs- und Innungskassen.) Das Wort noch ist von uns absichtlich im Druck hervorgehoben. Wie die Erfahrung lehrt, bieten die Vorschriften der Verfassung durchaus keine Garantie. Hierzu kommt noch, daß man über die Auslegung des Begriffes „maßgebende Mitwirkung der Versicherten“ je nach der Einstellung verschiedener Meinungen sein kann. Der erneute Vorstoß der Arbeitgeberverbände zeigt, daß die Arbeitgeber alles versuchen, auch die Krankenversicherung zu erobern. Haben sie erst einmal hier festen Fuß gefaßt, so wird es ihnen leicht sein, auch diesen Versicherungszweig nach ihren Wünschen umzugestalten. Falsch wäre es, die Bestrebungen der Arbeitgeber auf die leichte Achsel zu nehmen. Die Vorgänge in der Arbeitslosenversicherung zeigen, daß die Arbeitgeber heute mehr denn je ihre Macht und ihre Geschlossenheit auch zu gebrauchen wissen. Kl—s.

Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf . . . findet sich die Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf. Karl Marx („Das Kapital“).

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die dritte Zone des besetzten Gebietes wird nun geräumt. Die französische Regierung hat dazu am 17. Mai den Befehl erteilt.

Eine Europa-Denkschrift hat am 17. Mai die französische Regierung der Öffentlichkeit übergeben, die den Plan eines Europäischen Staatenbundes entwickelt.

Die Reichsbank hat am 20. Mai den Zinssuß auf 4½ bzw. 5½ Proz. ermäßigt.

Im Sächsischen Landtag wurde am 20. Mai mit 50 gegen 46 Stimmen die Auflösung beschlossen. Die Neuwahlen finden am 22. Juni statt.

Ein Entwaffnungsgesetz brachte die österreichische Regierung am 23. Mai im Nationalrat ein, gegen das sich die Heimwehr allerdings auflehnt.

Noch 2700000 Arbeitslose wurden am 15. Mai gezählt.

Im Preussischen Landtag wurde am 23. Mai die Schlußabstimmung über den Etat durch Obstruktion der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten und Kommunisten verhindert.

Bildungsarbeit

Das Volkshochschulheim Dreißigacker eröffnet am 20. August 1930 einen Männerkursus, der bis zum 20. Dezember 1930 läuft. Anmeldungen zu diesem Kursus sind möglichst umgehend unter Einreichung eines Lebenslaufes an die Heimleitung Dreißigacker bei Meiningen zu richten. Das Schulgeld für den Viermonatskursus beträgt, wenn nicht staatliche oder städtische Beihilfen gezahlt werden, für Thüringer 35, für Nichtthüringer 40 Tagelöhne, im Minimum aber 150 Mk., einschließlich Kost, Wohnung, Heizung und Licht. Die Reisekosten sind zur Hälfte ermäßigt. Prospekte durch die Heimleitung erhältlich.

Für die Frauen

Die Gesundheit der Frau ist das beste Kapital

Die gewaltigen Arbeitsleistungen, die die Frauen vollbringen, werden in der Regel viel zu wenig beachtet. Die Tätigkeit der Hausfrau z. B. wird ziemlich gering eingeschätzt. Doch beruht letzten Endes auf dieser steten Arbeitsleistung die Gesundheit der Familie und die Wohlfahrt des gesamten Volkes. Der Beschäftigungsgrad der Frauen hat nach dem Kriege gewaltig zugenommen. Nicht weniger als 4,5 Millionen verheirateter Frauen finden in Handel, Verkehr, Industrie und Handwerk Beschäftigung. Teilweise sind die Verhältnisse so, daß der Ehemann erwerbslos ist, und die Frau und Mutter neben ihren zahlreichen häuslichen Pflichten durch Fabrikarbeit den Unterhalt der Familie erwerben muß. Der bekannte Universitätsprofessor Dr. W. L e p m a n n und Direktor des Instituts für Frauenheilkunde macht in Nr. 5 der Zeitschrift „Gesundheit“ auf den Zusammenhang zwischen Frauenarbeit und Frauengesundheit aufmerksam. Der Ueberanstrengung des weiblichen Körpers muß durch gesundheitliche Maßnahmen entgegengewirkt werden. Zunächst muß die schwangere Frau die größtmögliche Schonung durch die Gesetzgebung erhalten. „Diese Pflicht kann erst als erfüllt gelten, wenn in der arbeitsfreien Schutzfrist vor und nach der Geburt die Frauen denselben Grundlohn erhalten wie vorher. Denn anderenfalls werden sie, durch die Not der Familie gedrängt, eine Minderung ihrer karglichen Existenz nicht ertragen wollen und dadurch, wie die Erfahrung lehrt, ihren schwangeren Zustand bis zum äußersten Zustand verbergen.“ Bei stehender Beschäftigung sollen die Frauen anstatt der Pantoffeln bequeme Schuhe, ähnlich unseren Sportschuhen, mit Hacken tragen, um Plattfußbildung zu vermeiden. Bei sitzender Arbeit muß auf die Körperhaltung Wert gelegt werden. Hier leisten die neuen Arbeitsstühle mit beweglicher Rückenlehne gute Dienste. Ebenso wichtig sind bei Arbeiten sitzender Art die Fußstützen. Um eine übermäßige Muskelbeanspruchung zu vermeiden, sollten bei den Frauen alle technischen Fortschritte angewandt werden. Bei kalten Fußböden sind Holzrostle zu fordern. Die einseitige Muskelbeanspruchung beim dauernden Stehen oder Sitzen auszugleichen empfiehlt L e p m a n n, ferner in den Pausen sogenannte Ausgleichsübungen vorzunehmen. Die Gewerkschaften waren seit jeher in dieser Beziehung tätig und werden ihre Anstrengungen gemeinsam mit den Krankenkassen fortsetzen.

Unsere Jugend

Die Bildungsmöglichkeiten der proletarischen Jugend

Alles wirbt heute um die Jugend. „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“ Das ist das große Schlagwort unserer Zeit. Sei es eine politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Organisation, die um die Jugend wirbt. Seien es Sport- oder Wehrverbände, alle geben sie vor, die Jugend zu bilden. Inwieweit das bei all diesen Organisationen auch wirklich zutrifft, soll hier nicht untersucht werden. Uns interessiert bei dieser Betrachtung im Moment nur, welche wirklichen Bildungsmöglichkeiten die arbeitende Jugend für ihren Kampf, um die Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus, hat.

Würde diese Frage in den Kreisen der Jugendlichen zur Diskussion gestellt, so würde wohl an erster Stelle von der Volkshochschule die Rede sein. Wir unterscheiden nun zwei Arten der Volkshochschulen. Erstens die Heimvolkshochschule (Sachsenburg, Citz usw.) und zweitens die in den Abendstunden unterrichtende Volkshochschule. Die letzteren sind in fast allen Großstädten anzutreffen. Die Mehrzahl der Jugendlichen sind von einem wahren Bildungshunger befallen. Für die in der Gewerkschafts- und politischen Bewegung erfassen Jugendlichen ist dies besonders prägnant. Sie werden nun stets darauf bedacht sein, diesen Bildungshunger zu stillen. Die Fortbildungsschule genügt meist diesem ihrem Drang nicht und so sehen sie sich gezwungen, nach anderen Bildungsmöglichkeiten Ausschau zu halten. Dabei kommen sie naturgemäß auch auf die Volkshochschule. Doch beim ersten Hinsehen werden sie meist gleich wieder abgeschreckt, denn der Besuch einer derartigen Institution kostet Geld und nochmal Geld. Dann wird auch der Jugendliche beim Besuch einer Heimvolkshochschule aus dem Produktionsprozeß herausgerissen und bei der jetzigen Wirtschaftslage ist es immer fraglich, wann er in diesen wieder eingereiht werden kann. Was nun die finanzielle Seite betrifft, so kann die für uns erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß die Gewerkschaften, wie auch Länder und Gemeinden das Schulgeld auf Antrag teilweise oder ganz tragen. Ja, es werden darüber hinaus von den Gewerkschaften noch Büchergelder gewährt. Bei erwerbslosen Kollegen würde das Schulgeld die Erwerbslosenversicherung tragen, doch wird dazu die Erwerbslosenunterstützung mit angerechnet. Ein großer Nachteil ist der, daß die Schülerzahl sehr beschränkt ist (Sachsenburg 30 bis 50 Teilnehmer). Diese Heimvolkshochschulen kommen also als Massenbildungsinstitute nicht in Frage.

Die Art der Abendvolkshochschulen kommen diesem Gedanken schon bedeutend näher. Sie bieten einer weitaus größeren Anzahl wissenschaftlicher Menschen die Möglichkeit, sich über alles Wissenswerte zu informieren. Auch hier werden von den Gewerkschaften wie auch von den Ortsausschüssen für Jugendpflege Teilnehmerkarten kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Schulgeld ist hier auch erschwingbarer, so daß es leichter möglich ist, an diesen Kursen teilzunehmen. Dabei ist der erste Abend immer frei. Es kann sich also jeder erst davon überzeugen, ob das Gebotene ihm zusagt oder nicht. Auch der Einfluß des Schülerrats an manchen dieser Schulen auf den Lehrplan und somit auf die Auswahl der Lehrkräfte zeigt uns, von welcher Bedeutung diese Art Volkshochschule für die werktätige Bevölkerung und vor allen Dingen für deren Jugend ist. Besonders bemerkenswert ist in dieser Beziehung die Tätigkeit einiger Gruppen der Jungsozialisten, durch deren Initiative es gelungen ist, einen rein sozialistisch orientierten Schülerrat zu bilden und führende Köpfe der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsbewegung als Gastlehrer für Vorträge usw. zu verpflichten. Wir sehen also, daß für den bildungshungrigen Jugendlichen hier eine schier unerschöpfliche Quelle des Wissens vorhanden ist. Hier, bei gemeinsamer Arbeit und Aussprache hat der Jugendliche Gelegenheit seinen inneren Menschen zu bilden und sich zur geistigen Selbstständigkeit zu erziehen. Die Vielgestaltigkeit des Lehrplans bietet auch Gewähr dafür, daß jeder ein seinem Interessenkreis zusagendes Thema findet.

Eine nicht zu übersehende Bildungsmöglichkeit ist die Schulungs- und Bildungsarbeit gewerkschaftlicher Jugendgruppen selbst. Hier ist es uns sehr leicht möglich, an den einzelnen Jugendlichen heranzukommen und nach seinen speziellen Wünschen seine Bildung zu gestalten. Der Vortragende muß bei der Behandlung einer Frage in den Jugendgruppen die Materie so weit beherrschen, daß er sie mit den Jugendlichen in Arbeits-

gemeinschaften durcharbeiten kann. Nicht der nackte Vortrag, wie wir ihn heute nur allzuoft noch antreffen, ist für eine intensive Bildungsarbeit am Platze, sondern nur ein Zusammenarbeiten, ein sich gegenseitig Vorwärtshelfen, wird zu einem bleibend guten Resultat führen.

Bei der Aufstellung eines Bildungsprogramms muß vor allen Dingen der alljährlich erfolgende Neueintritt der Schulentlassenen Berücksichtigung finden. Diese müssen wir mit der Geschichte der Gewerkschaften vertraut machen. Das ist bestimmt unsere erste Aufgabe. Wenn wir ihnen schildern, wie sich aus den früheren Gefellensünften die heute an Zahl und Macht bestimmt schon gewaltigen Gewerkschaften gebildet haben, welche schweren Kämpfe es erst gekostet hat, ehe man den Gewerkschaften überhaupt nur eine Daseinsberechtigung zugestand, wenn man diesen Jugendlichen den Gegensatz zwischen den Arbeitsverhältnissen vor der Revolution und den jetzigen zeigt, dann wird er von selbst erkennen, welche große Erfolge die Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschaften errungen hat. Nur wenn der Jugendliche über Geschichte, Sinn und Ziel der Gewerkschaften unterrichtet ist, kann er auch verstehend an andere Fragen herangehen. Ist also genügend Klarheit über den Sinn unserer Bewegung vorhanden, so kann vielleicht unsere Stellung den anderen Gewerkschaftsrichtungen (Christliche, Hirsch-Duncker'sche und den Werkvereinen) gegenüber erörtert werden. Hier ist vielleicht auf starke Mitarbeit der Jugendlichen zu rechnen. Vor allem die schon etwas älteren, die schon längere Zeit im Erwerbsleben stehen, werden über die Haltung ihrer „Kollegen“ vom Werkverein beredetes Zeugnis ablegen. Es wird den Jugendlichen schon hier die Möglichkeit zu geben sein, in sogenannten Fünf-Minuten-Referaten ihre Einstellung zu den verschiedenen Problemen zum Ausdruck zu bringen. Bei dieser Gelegenheit kann vom Leiter festgestellt werden, wie weit das vorher Besprochene verstanden worden ist. Es ist aber auch eine Prüfung darüber, ob sich der Jugendliche eine gewisse geistige Selbstständigkeit angeeignet hat oder nicht. Bei der Aufstellung eines Bildungsprogramms muß aber auch das berufliche Interesse des Jugendlichen in Betracht gezogen werden. Zum Beispiel wird es die Jugend des Verkehrsgewerbes auf das lebhafteste begrüßen, wenn ein auf dem Gebiet der Verkehrstechnik bewandeter Redner ihnen die Zukunftsmöglichkeiten für die Ausgestaltung des Verkehrs schildert.

Es versteht sich wohl von selbst, daß der Jugendliche unter allen Umständen mit der Lehre von Karl Marx, nämlich der Lehre vom wissenschaftlichen Sozialismus vertraut gemacht wird. Das geschieht am besten in sogenannten Wochenendkursen, wo ein Führer der örtlichen Arbeiterbewegung den Kursus leiten kann.

F. Gleisberg.

Gesetz und Recht

§§ 16 Abs. 5 Nr. 4, 35 Abs. 2 Nr. 2, 70 Abs. 1b EinkStG. Die vom Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gezahlten Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sind als Dienstaufwand lohnsteuerfrei. Streit besteht darüber, ob die von einem Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern erstatteten Auslagen, die für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte notwendig geworden sind, Arbeitslohn, der dem Steuerabzug unterliegt, sind oder als Dienstaufwandsentschädigung gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 2 EinkStG. nicht zum Arbeitslohn gehören. In der angefochtenen Entscheidung ist die letztere Auffassung vertreten; die vom Finanzamt hiergegen eingelegte Rechtsbeschwerde will das Fahrgeld als Teil des Arbeitslohnes behandelt wissen. — Die Rechtsbeschwerde ist nicht begründet. Nach § 16 Abs. 5 Nr. 4 EinkStG. gehören notwendige Ausgaben eines Steuerpflichtigen durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu den Werbungskosten. Bei Anwendung dieser Gesetzesvorschrift hat sich die Prüfung der Notwendigkeit darauf zu beschränken, ob im Hinblick darauf, daß die Wohnung und die Arbeitsstätte voneinander getrennt liegen, die Benutzung eines Beförderungsmittels überhaupt notwendig war. Nach Lage der Verhältnisse im vorliegenden Falle ist diese Notwendigkeit zu bejahen. Sind die Kosten der Fahrten aber als Werbungskosten anzuerkennen, dann liegt, wenn der Arbeitgeber sie bezahlt, insoweit lohnsteuerfreie Dienstaufwandsentschädigung im Sinne des § 36 Abs. 2 Nr. 2 EinkStG. vor. Denn es besteht, wie der RFH. schon mehrfach entschieden hat, zwischen Dienstaufwand und Werbungskosten — §§ 36, 16 EinkStG. — ein begrifflicher Unterschied nicht. Soweit Dienstaufwand anzunehmen ist, handelt es sich grundsätzlich um Aufwendungen zur Sicherung und Erhaltung der Einkünfte im Sinne des § 16 EinkStG. — Der Auffassung des Finanzamts, die Fahrtkosten seien durch den Pauschbetrag von 240 Mk. (§ 70 Abs. 1b) abgegolten, kann schon deshalb nicht beigetreten werden, weil dieser Pauschbetrag jedem Steuerpflichtigen zugewilligt wird, ohne daß der Nachweis verlangt wird, ob und in welcher Höhe Werbungskosten entstanden sind. Die sich im Einzelfalle hieraus ergebenden Ungleichmäßigkeiten müssen als in Wesen des Kleinlichen Berech-

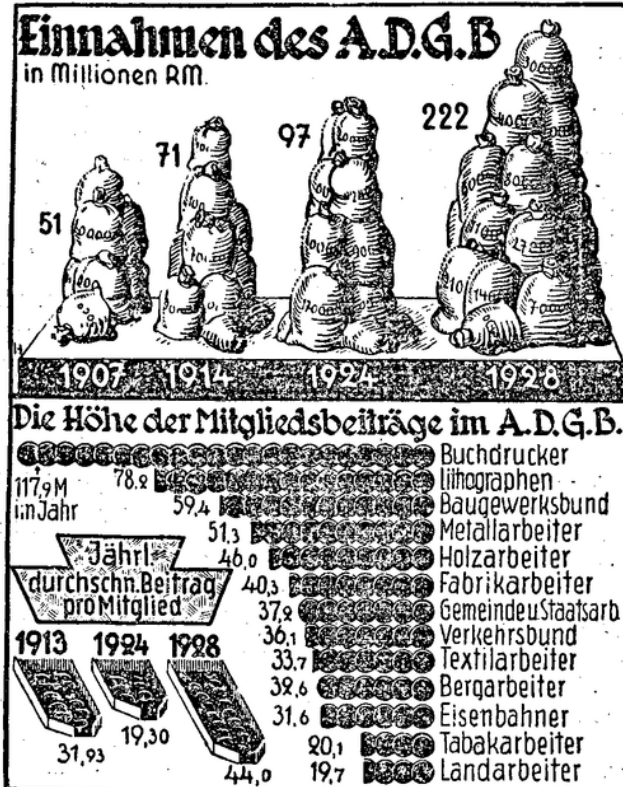
nungen ausschließenden Pauschales liegend hingenommen werden. — Der hier zur Entscheidung stehende Fall läßt sich schließlich auch nicht, wie das Finanzamt anscheinend will, mit der Uebernahme des Arbeitnehmeranteils an den Sozialversicherungsbeiträgen durch den Arbeitgeber vergleichen. Denn der vom Arbeitgeber übernommene Beitrag ist dem Arbeitslohn hinzuzurechnen, da es sich insoweit nicht um Dienstaufwand (Werbungskosten), sondern um sogenannte Sonderleistungen handelt, deren Begriff sich mit den Werbungskosten (Dienstaufwand) nicht deckt. (RFB, VI. Senat, Urteil vom 19. Juni 1929, VI A 933/28.)

Aus unserer Bewegung

Wolfach (Baden). In gut besuchter Versammlung am 18. Mai erstattete der Kassierer Armbruster den nach dem Zusammenfluß zum Gesamt-Verband aufgestellten Kassenericht, der sich an Einnahmen und Ausgaben mit 250 Mk. ausweist. In hochinteressanten Ausführungen gab dann Kollege Schweizer, Kehl a. Rh., ein getreues Spiegelbild der derzeitigen Wirtschaftslage. Zu der bevorstehenden Bezirkskonferenz für das Post- und Telegraphenpersonal wurden die Kollegen Armbruster (Posthelfer) und Spathef (Telegraphenhandwerker) als Delegierte gewählt. Unter „Verschiedenes“ behandelte Kollege Gabel die Dienstverhältnisse der Postkraftfahrer. Auch die vorübergehende Entlassung einiger städtischer Arbeiter löste eine längere Aussprache aus. Von der Verwaltung wurde zugesagt, alle angeschnittenen Fragen im Auge zu behalten, um gegebenenfalls einzugreifen.

Aus den deutschen Gewerkschaften

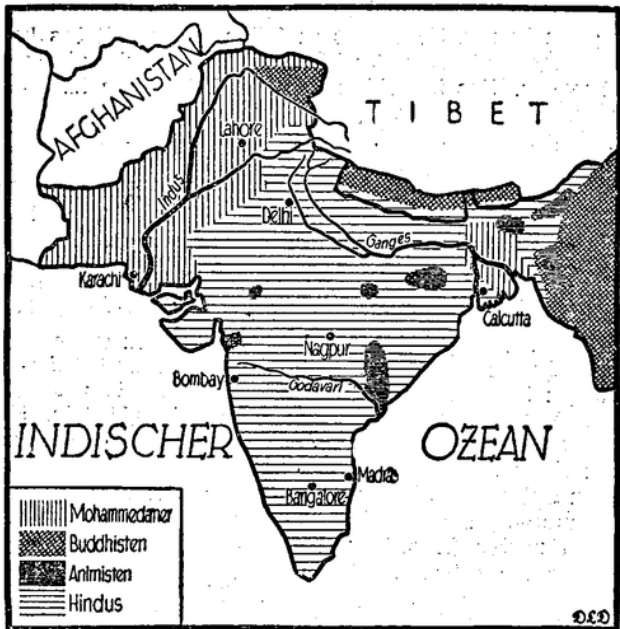
Die Einnahmen des ADGB. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist die weitaus größte gewerkschaftliche Organisation in Deutschland. Zusammen mit dem ihm nahestehenden AFA-Bund machen seine Mitglieder fast zwei Drittel aller gewerkschaftlich Organisierten aus. Deshalb interessieren die Beitragseinnahmen dieses Verbandes ganz besonders. Sie betrugen im Jahre 1928 nicht weniger als rund 222 Millionen Mark und dürften sich in den folgenden Jahren noch weiter steigern. Für Unterstützungen, insbesondere für Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen, wurden etwa 62,5 Millionen Mark, für Arbeitskämpfe 32 Millionen Mark ausgegeben. Die durchschnittliche Beitragseinnahme pro Mitglied betrug 1928: 44 Mk. gegen fast 32 Mk. im Jahre 1913.



Die Tendenz zur Bildung von Industrieverbänden an Stelle der reinen Berufsverbände machte sich auch 1928 stark geltend. Die Zahl der dem ADGB. angeschlossenen Verbände ging infolge der Konzentration von 38 auf 35 zurück (jetzt nur noch 31), die Zahl der Zweigvereine von 15 052 auf 13 812. Auch die sogenannten freien Eigenbetriebe der freien Gewerkschaften entwickelten sich weiterhin günstig. Die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften betrugen 1928 44,6 Millionen und die Beitragseinnahme pro Mitglied 31,30 Mk. im Durchschnitt.

RUNDSCHAU

Die Verteilung der vorherrschenden Religionen Indiens. Die Religion bildet in Indien eine Schranke, die die verschiedenen Bevölkerungsteile scharf voneinander abgrenzt. Kaum in einem anderen Lande treffen wir so viele Glaubensformen nebeneinander an, aber kaum in einem anderen Lande ist auch alles Religiöse so eng mit sozialen Vorstellungen und Gebräuchen verquickt, wie gerade in Indien. Dieses letztere Moment gibt den religiösen



Fragen eine hervorragende politische Bedeutung. Von den 320 Millionen Indern werden 10 Millionen als Primitive bezeichnet, als auf niedriger Kulturstufe stehende Wilde, die animistischen Vorstellungen huldigen. Die Hauptmassen der indischen Bevölkerung, etwa 220 Millionen, sind Hindus. Der Hinduismus, der vielfach auch als Brahmanismus bezeichnet wird, unterscheidet sich von den meisten Religionen dadurch, daß er sich als die seit Ewigkeit und in Ewigkeit bestehende Religion ohne menschlichen oder göttlichen Stifter bezeichnet. Die soziale Anschauung der Kaste faßte den Hinduismus zu einer Einheit zusammen. Eine alte Reformbewegung schuf die heute 11,5 Millionen Buddhisten. Die bedeutendste unter den fremden Religionen Indiens ist der Islam, der hauptsächlich im Nordwesten Indiens überwiegt mit fast 160 Millionen. Von fremden Religionen haben in Indien die Parsen, die Juden und etwa 4,5 Millionen indische Christen Eingang gefunden.

Internationale Rundschau

Der Internationale Beamtenkongress in Genf wird in der Zeit vom 6. bis 8. August 1930 voraussichtlich folgende Referate entgegennehmen: „Lage und Aussichten unserer Internationale“, Referent: F. S. Noordhoff, Den Haag — „Wirtschaftslage der europäischen Beamten“, Referent: Dr. Völter, Berlin — „Die Beamtenvertretungen in den wichtigsten europäischen Ländern“, Referent: Médori, Paris — „Die Entwicklung des Beamtenproblems in den verschiedenen Ländern“, Referent: Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genf

VERBANDSTEIL

Seit dem 1. Januar 1927 besteht im Verkehrsbund die Renten-, Pensions- und Sterbezuschußkasse (Rentka). Diese Einrichtung ist auch vom Gesamt-Verband übernommen worden. Um allen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, dieser Einrichtung beizutreten, hat der Verbandsvorstand folgendes beschlossen:

„Mitgliedern, die bis zum 30. September 1930 ihren Beitritt zur „Rentka“ erklären, werden 5 Proz. der geleisteten Verbandsbeiträge auf die Mitgliedschaft in der „Rentka“ angerechnet.“

Die Satzung der „Rentka“ kann von den Ortsverwaltungen oder von der Geschäftsführung der „Rentka“, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4, bezogen werden.